



Rheinland-Pfalz


Statistische Monatshefte

**Statistik
nutzen**



11 | 2004

Statistisches Landesamt



Fotonachweis

Titelfoto: Olaf Schepers, Lahnstein.

Die demographische Entwicklung – weniger Kinder und mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft – wird Auswirkungen auf die Infrastruktureinrichtungen in Rheinland-Pfalz haben.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Beilagen

Die bislang dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte beiliegende Veröffentlichung „Kreisfreie Städte und Landkreise“ wird in der bisherigen Form nicht mehr aufgelegt. Eine grundlegend überarbeitete Fassung wird zu einer der folgenden Ausgaben erscheinen.

Inhalt

kurz + aktuell	425
Rheinland-Pfalz 2050 – Auswirkungen der demographischen Entwicklung	429
Die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2003	435
Das „Meister-BAföG“ – Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	438
Das Bauhauptgewerbe im Jahr 2003	444
Außenhandel mit China und Japan 2003	448
Daten zur Konjunktur	451
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	473
Neuerscheinungen	483

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

- 0 Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
- nichts vorhanden
- . Zahl unbekannt oder geheim
- x Nachweis nicht sinnvoll
- ... Zahl fällt später an
- / keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher

- D Durchschnitt
- p vorläufig
- r revidiert
- s geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

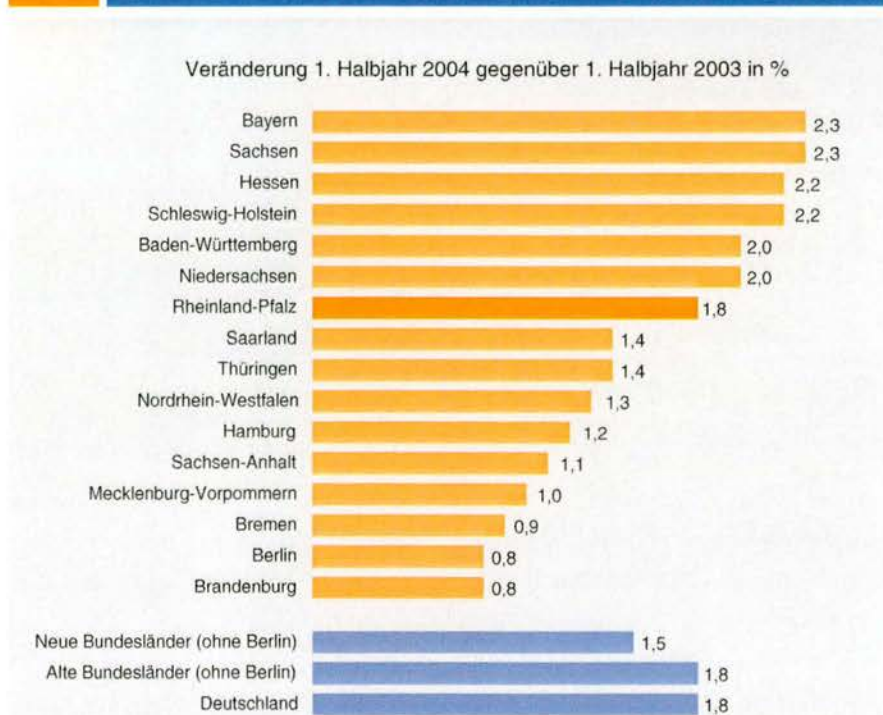
Konjunkturelle Belebung im ersten Halbjahr

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 1,8% gestiegen

Einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2004 in Rheinland-Pfalz real, das heißt von Preiseinflüssen bereinigt, um 1,8% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Die insbesondere vom Export getragene Entwicklung verlief damit wie im Bundesdurchschnitt. Seit 2000 ist erstmals wieder bundesweit ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen. In den beiden vergangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,1 bzw. 0,9% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr und damit etwas stärker als im Bundesdurchschnitt gestiegen.

Wachstumsimpulse kamen im ersten Halbjahr 2004 vor allem vom verarbeitenden Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz knapp ein Viertel zur gesamten Wirtschaftsleistung beiträgt. Die reale Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe ist im Land mit +3,1% im Vergleich zu den vergangenen Jahren zwar deutlich gestiegen, jedoch nicht so stark wie in den meisten anderen Bundesländern. Insbesondere die chemische Industrie, die in Rheinland-Pfalz knapp ein Drittel des Gesamtumsatzes des verarbeitenden Gewerbes ausmacht,

Reales Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2004 nach Bundesländern



verzeichnete im ersten Halbjahr im Land sowie bundesweit geringere Umsatzzuwächse als beispielsweise der Maschinenbau oder der Fahrzeugbau. Zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft haben auch wiederum die Dienstleistungsbranchen beigetragen, vor allem die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Handel; diese leisten einen Beitrag zur gesamten Bruttowertschöpfung in Höhe von rund 17%.

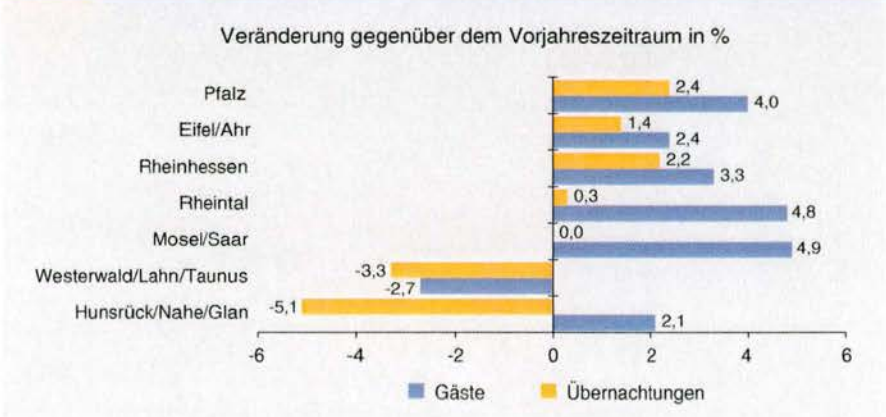
Die Ergebnisse basieren auf der Halbjahresrechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Juni stützt.

Tourismus mit Gästeplus in den ersten acht Monaten, Übernachtungszahlen unverändert

Trotz des durchwachsenen Wetters registrierten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrs- und Beherbergungsbetriebe in den ersten acht Monaten des Jahres mehr als 4,5 Mill. Gäste. Das waren 3,3% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Allerdings blieb die Zahl der Übernachtungen mit rund 14 Mill. auf dem Vorjahresniveau; auch bundesweit haben die Übernachtungszahlen kaum zugenommen.

Vom Gästeplus profitierten mit Ausnahme der Region Westerwald/Lahn/Taunus alle rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebiete. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei das

Gäste und Übernachtungen von Januar bis August 2004



Gebiet Mosel/Saar. Vier der sieben Fremdenverkehrsgebiete konnten neben den Gästezahlen auch das Übernachtungsaufkommen steigern. Den größten Zuwachs verbuchte hier die Pfalz. In der Region Mosel/Saar war das Übernachtungsaufkommen

gegenüber dem Zeitraum Januar bis August 2003 unverändert. In den Gebieten Hunsrück/Nahe/Glan und Westerwald/Lahn/Taunus waren die Übernachtungszahlen rückläufig. Über ein Gäste- und Übernachtungsplus freuten sich Hoteliers sowie die

Betreiber von Hotels garnis, Ferienwohnungen, Jugendherbergen und ähnlichen Einrichtungen. Gäste- und Übernachtungsrückgänge verzeichneten Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, Ferienparks sowie Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe.

Der Ferienmonat August war für die rheinland-pfälzische Tourismusbranche nicht so erfolgreich wie im vergangenen Jahr. Die Zahl der Gäste lag zwar mit rund 725 000 auf Vorjahresniveau, es wurden aber nur 2,5 Mill. Übernachtungen gebucht, das waren 1,8% weniger als im August 2003. In Rheinland-Pfalz werden die meisten Gäste und Übernachtungen allerdings in den Monaten September und Oktober gezählt.



Rheinland-Pfalz 2050

Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen



II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Studie Rheinland-Pfalz 2050 befasst sich in ihrem zweiten Band auf rund 600 Seiten mit den Auswirkungen des demographischen Wandels im Land und den Regionen. Ziel der Studie ist es, Anhaltspunkte zum künftigen Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie zur Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler, der Pflegebedürftigen und des Erwerbspersonenpotenzials zu geben. Auch Fragen zur Entwicklung der Zahl der Privathaushalte und der damit verbundenen Wohnungsver-sorgung sind Gegenstand der Analysen.

Dem Band II ging der rund 300 Seiten umfassende Band zur demographischen Entwicklung voraus, in dem verschiedene Zukunftsszenarien vorgestellt werden: Für die Berechnungen zur Bevölkerungsentwicklung wurden zehn Basisvarianten für die demographische Entwicklung dargestellt – eine „Ausgangsvariante“ und neun Alternativen. Die Analyse der Auswirkungen der demographischen Entwicklung fusst auf diesen Ergebnissen, die im ersten Kapitel des Bandes II nochmals zusammengefasst sind.

Mehr dazu im Kurzbeitrag auf Seite 429

Das kartoniert gebundene Buch kann zum Preis von 15 EUR zuzüglich Versandkosten bezogen werden. Bestellcoupon und -adresse siehe Seite 484.

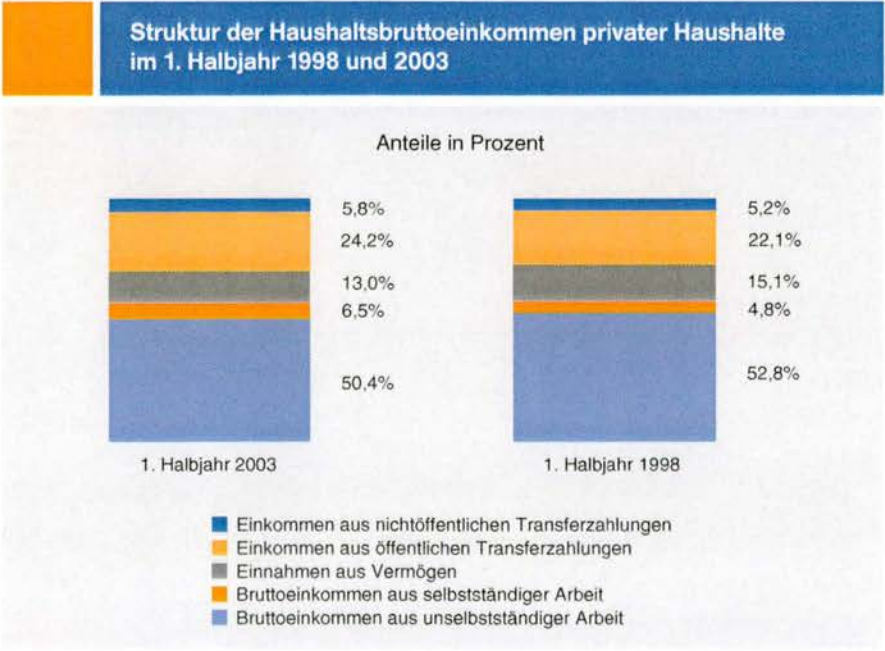
Rheinland-pfälzische Haushalte sind sparsamer geworden

Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte sparen mehr. Das hat eine Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 ergeben. Die Sparquote erreichte in Rheinland-Pfalz mit 14,9% im ersten Halbjahr 2003 den höchsten Wert aller Bundesländer und lag deutlich über dem Durchschnittswert von 11,8% für das frühere Bundesgebiet. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verfügten die Privathaushalte durchschnittlich über 2 949 Euro monatliches Nettoeinkommen.

Davon sparten sie im Durchschnitt 446 Euro monatlich. Das sind 140 Euro mehr als fünf Jahre zuvor und fast 100 Euro mehr als im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. Für den privaten Konsum gaben die Haushalte in Rheinland-Pfalz im ers-

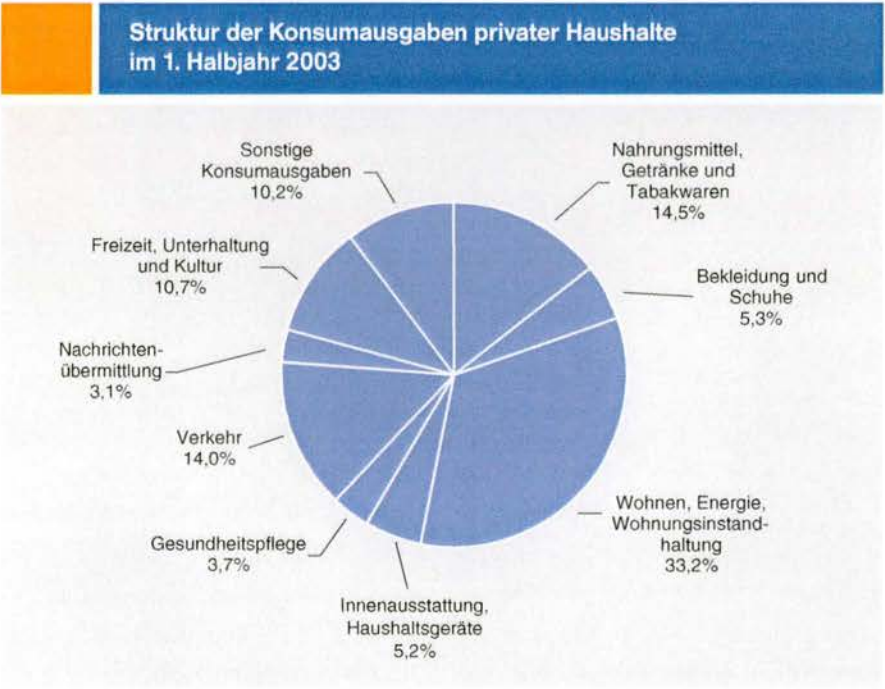
ten Halbjahr 2003 durchschnittlich 2 171 Euro im Monat aus, das waren lediglich 15 Euro mehr als vor fünf Jahren. Im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets wurden je Haushalt 30 Euro mehr für Konsum aufgewendet als in Rheinland-Pfalz. Die Wohn-

kosten beanspruchten mit 721 Euro im Monat nahezu ein Drittel des gesamten Konsumbudgets. Es folgten die Ausgabenbereiche Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren mit 14,5%, Verkehr mit 14% und Freizeit, Unterhaltung, Kultur mit 10,7%. ♦



Datenbasis

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfolgt im fünfjährigen Abstand im gesamten Bundesgebiet. Im ersten Halbjahr 2003 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 1 521 Haushalte befragt. Die Teilnahme an dieser Befragung ist freiwillig. Die dargestellten Werte zur Verwendung des Haushaltseinkommens bilden den Durchschnitt aller Haushalte ab, unabhängig von der Zahl der Personen, dem Alter und der Erwerbsbeteiligung.

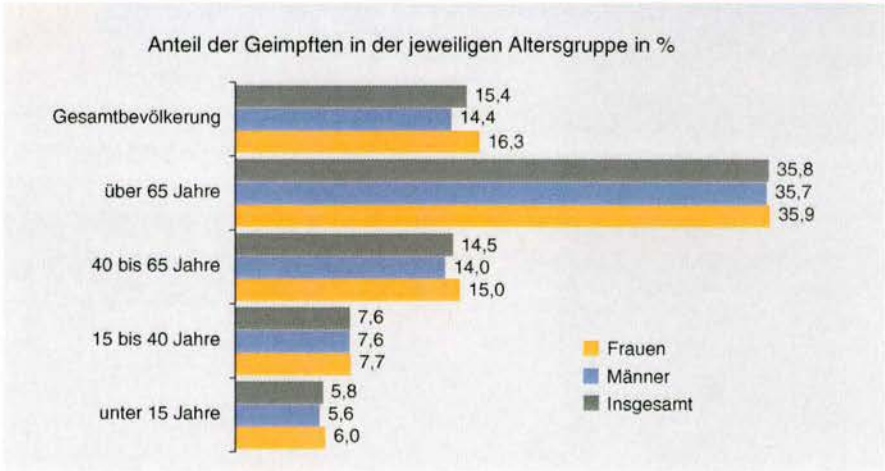


Das Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Rheinland-Pfalz betrug im ersten Halbjahr 2003 monatlich 3 675 Euro und hat gegenüber der ersten Jahreshälfte 1998 (3 324 Euro) um knapp 11% zugenommen. 57% des Bruttoeinkommens aller Haushalte resultiert aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit. Fast jeder vierte Euro des Bruttoeinkommens stammte aus staatlichen Leistungen wie Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Sozialhilfe und weiteren Sozialleistungen. Knapp 6% entfielen auf nichtöffentliche Transferzahlungen wie Betriebsrenten, Renten aus privaten Lebensversicherungen und Unterhaltszahlungen anderer privater Haushalte. Die Einnahmen aus Vermögen beliefen sich auf 13%; zu diesen Einnahmen gehört neben Zinsen, Dividenden und Mieteinnahmen auch ein so genannter Eigentüermietwert für selbst genutztes Wohneigentum. Die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens der rheinland-pfälzischen Haushalte entspricht nahezu dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer.

Im letzten Jahr waren rund 15% gegen Grippe geimpft

Rund 15% der 4 Mill. Einwohner von Rheinland-Pfalz haben sich im Winter 2002/03 gegen Grippe impfen lassen. Vor allem ältere Menschen folgten dem Aufruf zur Prophylaxe gegen die gefährliche Influenza: Der Anteil der über 65-Jährigen, die sich impfen ließen, lag bei 35,8%. Mit niedrigerem Alter nimmt die Impfbereitschaft ab.

Gripeschutzimpfung in Rheinland-Pfalz 2002/03



Von den 40- bis 65-Jährigen ließen sich 14,5% impfen, bei den 15- bis 40-Jährigen lag der Anteil bei 7,6% und bei den Kindern unter 15 Jahren bei 5,8%. Frauen waren mit 16,3% etwas impfbereiter als Männer (14,5%). Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt sind die Rheinland-Pfälzer Impfmuffel; deutschlandweit haben knapp 19% der Grippe vorgebeugt. Die geringere Impfbereitschaft zog sich durch alle Altersschichten. Von den über 65-Jährigen waren bundesweit knapp 42% geimpft, in der Altersgruppe 40 bis 65 Jahre waren es 19%, in der Gruppe 15 bis 40 Jahre knapp 10% und bei den Kindern unter 15 Jahren gut 7%.

Die Daten stammen aus dem Mikrozensus 2003. Im Turnus von vier Jahren werden im Rahmen dieser jährlichen Befragung von einem Prozent aller Haushalte auch Daten zur Gesundheit erhoben. In Rheinland-Pfalz werden im Rahmen des Mikrozensus 18 000 Haushalte befragt.

Rheinland-Pfälzer haben in diesem Jahr wenig Lust auf neue Autos

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 8 400 neue Pkw weniger zugelassen als im vergleichbaren Zeitraum des vergangenen Jahres. Gut 104 400 Mal stellten die Zulassungsstellen Papiere für fabrikneue Fahrzeuge aus. Mit diesem Rückgang um 7,4% war die Lust auf neue Autos im Pendlerland Rheinland-Pfalz noch weit geringer ausgeprägt als im gesamten Bundesgebiet, wo lediglich 2,4% weniger Neuzulassungen registriert wurden.

Die Kaufzurückhaltung bei Neuwagen wird nicht durch ein Mehr an Gebraucht-Pkw kompensiert. Die Zahl der Besitzumschreibungen, die als Indikator für den Gebrauchtwagenhandel gilt, lag in Rheinland-Pfalz um knapp 3% unter dem Vorjahreswert.

Insgesamt wurden von Januar bis September in Rheinland-Pfalz fast 124 400 neue Fahrzeuge zugelassen.

Rheinland-Pfalz 2050 – Auswirkungen der demographischen Entwicklung



Ende Oktober hat das Statistische Landesamt mit dem Band „Rheinland-Pfalz 2050 – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung“ den zweiten Teil seiner Studie zur demographischen Zukunft vorgelegt. Ziel des vor rund zwei Jahren veröffentlichten ersten Bandes war es gewesen, die Fakten des demographischen Wandels aufzuzeigen und die Diskussion hierüber in Rheinland-Pfalz zu intensivieren. Der Bevölkerungsrückgang und die zunehmende Alterung der Bevölkerung stellen Bürger, Staat und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Im zweiten Band wird daher insbesondere analysiert, wie sich diese Entwicklungen mittelfristig

bis zum Jahr 2015 und langfristig bis zum Jahr 2050 auf den Bedarf an verschiedenen Infrastruktureinrichtungen auswirken, so auf Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Des Weiteren werden die Folgen für das Arbeitskräftepotenzial, die Zahl und die Struktur der privaten Haushalte sowie den zukünftigen Wohnungsbedarf betrachtet.

Modellrechnungen zeigen Korridor möglicher Veränderungen auf

Die Untersuchungen des Statistischen Landesamtes sind keine Prognosen im eigentlichen Sinn. Es handelt sich vielmehr um Modellrechnungen, denen alternative Annahmen zu den Bestimmungsgrößen einer Bevölkerung zugrunde liegen. So soll ein Korridor möglicher Veränderungen aufgezeigt werden.

Mittlere Variante:
Bevölkerung
würde bis 2050
von 4 Mill. auf
3,3 Mill. sinken

Die mittlere Variante der Vorausberechnungen basiert beispielsweise auf den Annahmen, dass die Geburtenrate bis 2050 konstant bei 1,4 Kindern je Frau bleibt, die Lebenserwartung bis dahin um vier Jahre steigt und der jährliche Wanderungsüberschuss bei 5 000 Personen liegt. Unter diesen Annahmen würde Rheinland-Pfalz bis 2050 rund 17,5% seiner Einwohner verlieren

und hätte im Jahr 2050 nur noch 3,3 Mill. Menschen. Derzeit sind es etwas über 4 Mill.

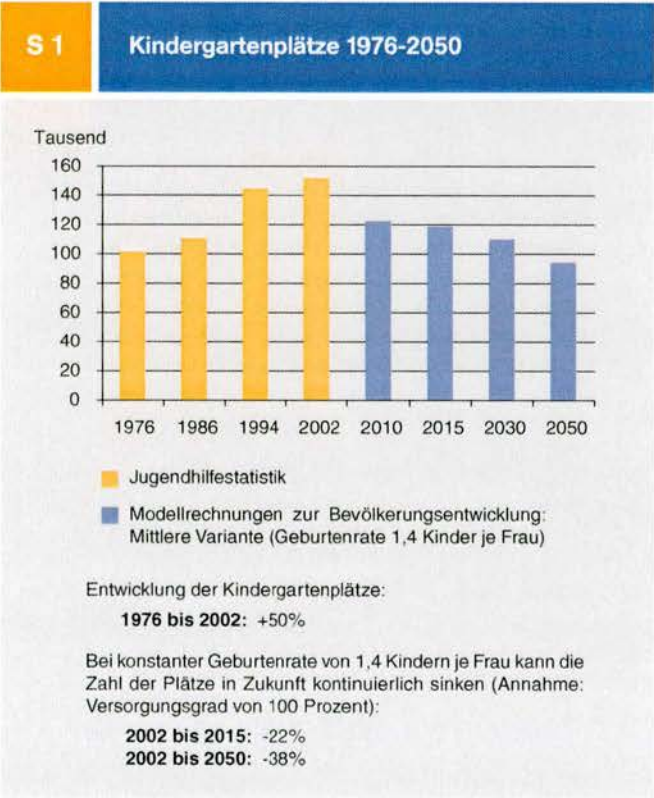
Bedeutsamer als die zunächst langsam sinkende Bevölkerungszahl ist jedoch die vorgezeichnete Verschiebung der Altersstruktur. Der Anteil der Einwohner über 60 Jahre wird sich nach der mittleren Variante bis 2050 landesweit von einem Viertel auf ein Drittel erhöhen, die Zahlen und die Anteile der unter 20-Jährigen sowie der 20- bis 60-Jährigen werden deutlich abnehmen.

Mittlere Variante:
Anteil der über
60-Jährigen
steigt bis 2050
von rund
24 auf 35%

Vielfältige Auswirkungen auf Infrastruktureinrichtungen

Die Auswirkungen dieses demographischen Wandels sind vielfältig. So wird der schon kurzfristig zu erwartende Rückgang der Kindergartenkinder zu einer rechnerischen

Überkapazität
bei Kindergarten-
plätzen kann
regional schon
2015 deutlich
spürbar sein



Deutliche regionale Unterschiede

Umwandlung bestehender Betreuungsangebote ist eine Alternative

Überversorgung mit Kindergartenplätzen führen. Bis 2015 könnten diese Überkapazitäten bei Zugrundelegung der mittleren Variante der Modellrechnungen 22%, bis 2050 sogar 38% betragen.

Die sinkende Zahl der Kindergartenkinder fällt in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes durchaus unterschiedlich aus. Die Gemeinden und Städte werden daher zu unterschiedlichen Zeitpunkten und verschieden stark mit dieser Entwicklung konfrontiert.

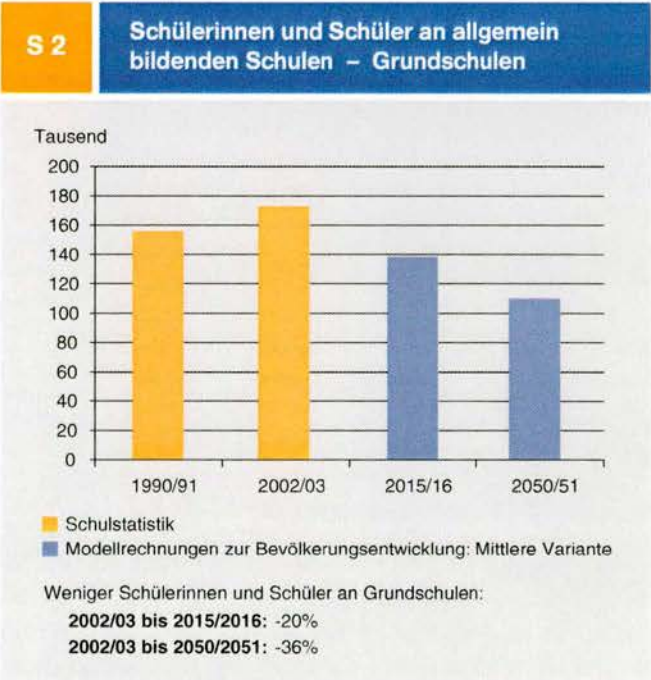
In die Überlegungen zur Anpassung des künftigen Betreuungsangebotes könnte auch die Altersgruppe der unter 3-Jährigen einbezogen werden. Ausgehend von der Annahme, dass nicht mehr benötigte Kindergartenplätze zu Krippenplätzen umgewandelt werden, ließe sich das Angebot für die unter 3-Jährigen deutlich steigern.

Ebenso wie die Zahl der Kinderkrippen- und Kindergartenkinder folgt auch die Zahl der einzuschulenden Kinder unmittelbar der demographischen Entwicklung. Bis 2015 werden nach der mittleren Variante 18% weniger Einschulungen zu verzeichnen sein. Langfristig beträgt der Rückgang sogar fast 35% und ist damit doppelt so hoch wie der Bevölkerungsrückgang insgesamt. Für die Grundschulen bedeutet dies bis zum Jahr 2015 ein Minus von 20% an Schülerinnen und Schülern, bis 2050 eine Abnahme um über 36%. Die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) verändern sich – zeitversetzt – analog zu der Zahl der Grundschüler.

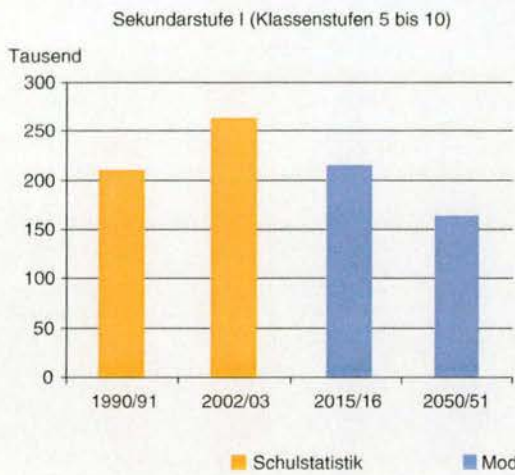
Mittlere Variante:
18% weniger
Einschulungen
bis 2015

Anders stellt sich die Situation für die Sekundarstufe II dar. Die hohen Geburtenzahlen zu Beginn der 1990er Jahre führen mittelfristig zu noch steigenden Schülerzahlen in den Klassen 11 bis 13. Gegenüber dem Schuljahr 2002/03 wird bis 2015/16 ein Plus von rund 10% errechnet. Langfristig, also bis 2050/51,

Rückgang der
Schülerzahlen
in der Sekundar-
stufe II erst
nach 2010



S 3 Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen – Weiterführende Schulen



Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I:

2002/03 bis 2015/16: -19%
2002/03 bis 2050/51: -38%



Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II:

2002/03 bis 2015/16: +10%
2002/03 bis 2050/51: -23%

wird es auch in den Oberstufen einen Rückgang geben, der nach den Berechnungen der mittleren Variante bei 23% liegt.

der jungen Fachkräfte niederschlagen. Kurzfristig ist auf dem Lehrstellenmarkt noch keine Entspannung zu erwarten. Vielmehr werden als Folge des Geburtenanstiegs Anfang der 1990er Jahre in den kommenden Jahren mehr Ausbildungsplätze notwendig sein. Im Jahr 2007 dürfte der rechnerische Bedarf mit rund 28 800 noch einmal einen Höchstwert erreichen, das sind gegenüber 2003 etwa 1 300 Ausbildungsstellen mehr. Bis 2015 wird dieser Bedarf wegen des Rückgangs der Zahl junger Menschen auf rund 26 400 bzw. bis 2050 auf etwa 19 200 sinken.

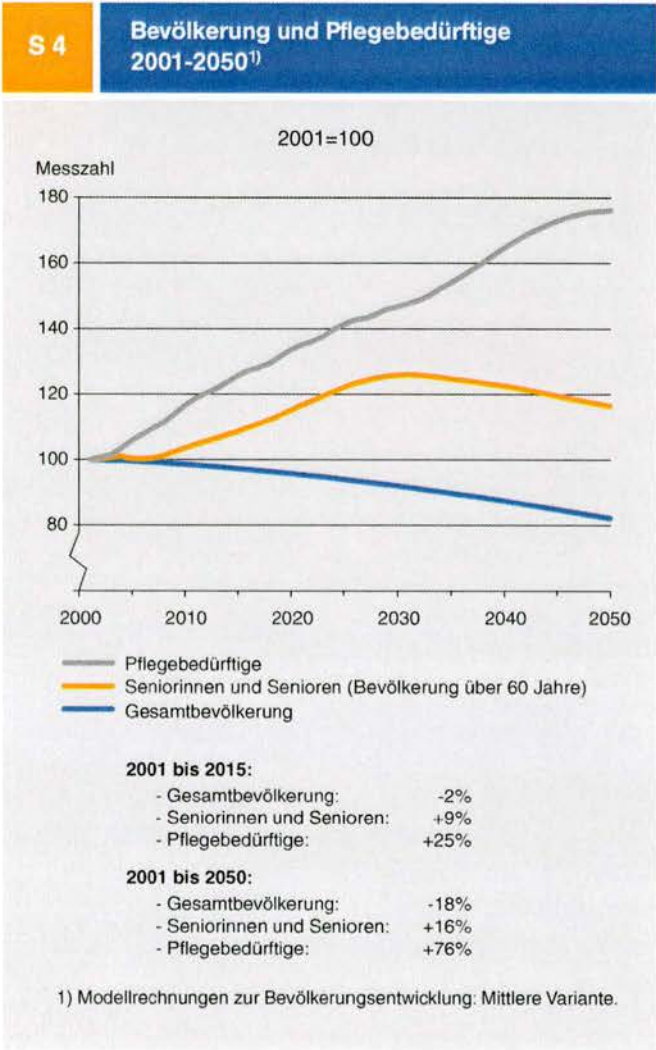
Bis 2015 noch steigende Zahl von Abiturienten

Wichtig für den Arbeitsmarkt und die Hochschulen sind die zu erwartenden Abschlussqualifikationen. Während bei den Hauptschulabschlüssen bereits bis 2015/16 ein Rückgang um fast 25% gegenüber 2002/03 zu verzeichnen ist, geht die Zahl der Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss I (mittlere Reife) nur um 2% zurück; die der Abgänger mit Fachhochschulreife und Abitur steigt noch um 13 bzw. 16% an. Langfristig, also bis 2050/51, sinkt die Zahl der Absolventen an allgemein bildenden Schulen in allen Abschlussarten.

Voraussichtlich ab 2007 sinkt der Bedarf an Lehrstellen

Der Rückgang der Zahl junger Menschen wird sich in den kommenden zehn Jahren auch im Bereich der Auszubildenden und

Während die Zahl der Menschen im Kinderkrippen-, Kindergarten- und Schüleralter zukünftig sinkt, ist bis etwa 2030 gegenüber 2000 mit einem Anstieg der Bevölkerung in der Altersgruppe 60 Jahre und älter von 28% zu rechnen. Allein bis 2015 wird die Zahl der über 75-jährigen um 36% zuneh-



25% mehr
Pflegebedürftige
bis 2015

men. Vor diesem Hintergrund kann damit gerechnet werden, dass – bei Zugrundelegen des heutigen Pflegeverständnisses – die Zahl der Pflegebedürftigen um 25% steigen wird. Bis zum Jahr 2050 ist – mit regionalen Unterschieden – sogar von einer Zunahme um 76%, bei gleichzeitig sinkender Gesamtbevölkerungszahl, zu rechnen. Dies wird spürbare Auswirkungen auf Pflegeeinrichtungen sowie die Ausgestaltung der ambulanten und stationären Pflege haben. Schon heute ist es Ziel der Landesregierung, die ambulante Pflege weiter zu stärken, um pflegebedürftigen Menschen so lange wie

es geht den Aufenthalt in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

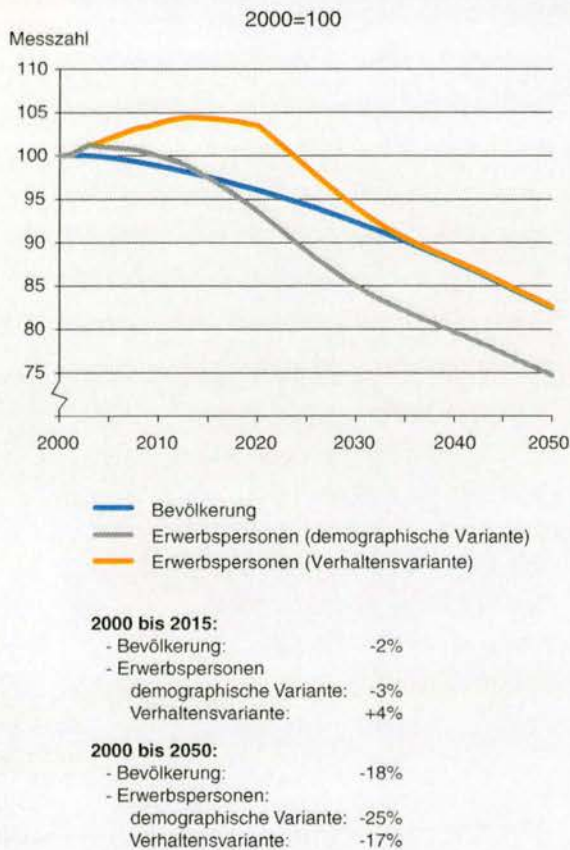
Gleichbleibendes Erwerbspersonenpotenzial erfordert höhere Erwerbsbeteiligung

Für Wirtschaft und Unternehmen ist der demographische Wandel mit der Herausforderung verbunden, Güter und Dienstleistungen verstärkt am Konsumverhalten einer alternierenden Gesellschaft auszurichten. Dieses Angebot muss mit immer älter werdenden Belegschaften und einem reduzierten Arbeitskräftepotenzial erbracht werden.

Der zuletzt genannte Aspekt wird in der Studie unter zwei Gesichtspunkten analysiert: Im Zuge einer so genannten demographischen Variante wurden die derzeitigen Erwerbsquoten von Frauen und Männern in die Zukunft fortgeschrieben, so dass der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial erkennbar wird. Demgegenüber wurde im Rahmen einer Verhaltensvariante – angelehnt an die Situation in benachbarten europäischen Ländern – eine weiter steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie eine insgesamt längere Erwerbsbeteiligung unterstellt. In beiden Fällen wurden bis zum Jahr 2015 keine größeren Veränderungen der Zahl der Erwerbspersonen – bei allerdings gegenläufiger Entwicklung – errechnet.

Einem Bevölkerungsrückgang von rund 100 000 Menschen oder –2,4% steht bei der demographischen Variante prozentual ein etwa gleich großer Rückgang der Erwerbspersonen (49 000 Menschen) gegenüber. Gelänge es, die Erwerbsbeteiligung entsprechend den Annahmen der Verhal-

Zahl der
Erwerbspersonen
bei zwei Berech-
nungsvarianten
bis zum Jahr
2015 weitgehend
unverändert



tensvariante zu verändern, würde das Erwerbspersonenpotenzial dagegen um 4% ansteigen.

Bis 2050 bei unveränderter Erwerbsbeteiligung 25% weniger Erwerbspersonen

Bis 2050 kommen demgegenüber auf Gesellschaft und Wirtschaft voraussichtlich größere Herausforderungen zu. Wenn sich an der Erwerbsbeteiligung gegenüber heute nichts ändert, geht die Zahl der Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, um 25% und damit um über 7 Prozentpunkte stärker als die Bevölkerung insgesamt zurück. Die Gesamterwerbsquote fiel von heute 47,9 auf dann 43,4%. Sollte es aber analog zu der Entwicklung in anderen europäischen Staaten gelingen, über alle

Altersgruppen hinweg die Erwerbsbeteiligung der Frauen und Männer zu erhöhen, dann würde – wie eine entsprechende Modellrechnung zeigt – die Zahl der Erwerbspersonen nicht stärker sinken als die Bevölkerungszahl insgesamt; die Gesamterwerbsquote bliebe bei rund 48%. Bei dieser Variante könnte 2020 eine Erwerbsbeteiligung von insgesamt über 51% erreicht werden.

Andererseits darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die wirtschaftlichen Leistungen zukünftig von einer alternden Bevölkerung erbracht werden müssen. Die Altersstruktur der Beschäftigten wird sich nach der demographischen Variante schon mittelfristig deutlich verändern. Während die Zahl der über 50-jährigen Erwerbstätigen bereits bis 2015 um 37% ansteigt, wird die Zahl der 30- bis 50-jährigen um 17% sinken. Noch deutlicher würden die Veränderungen nach der Verhaltensvariante ausfallen. Diese Entwicklung wird für Gesellschaft und Unternehmen zu einer großen Herausforderung. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich im Laufe ihres Berufslebens, noch stärker als heute, auf wechselnde Arbeitsplätze oder Arbeitsinhalte einstellen müssen. Die Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen – auch im fortgeschrittenen Alter – dürfte hierbei für den einen oder anderen mit einer persönlichen Herausforderung verbunden sein und verlangt dem Bildungssektor entsprechende Angebote für alterskonformes Lehren und Lernen ab.

Künftig mehr ältere Arbeitnehmer

Anzahl und Struktur der Haushalte verändern sich

Die demographische Entwicklung wird auch Auswirkungen auf Anzahl und Struktur der privaten Haushalte haben. Nach den Projek-

Zunahme der Zahl der Haushalte bis 2015

tionen wird die Gesamtzahl der Haushalte wegen des weiter anhaltenden Trends zu Ein- und Zweipersonenhaushalten bis 2015 noch um 1,5% zunehmen. Langfristig bis 2050 ist jedoch gegenüber 2000 mit einem Rückgang der Haushalte um rund 8% von heute 1,83 auf 1,68 Mill. zu rechnen. Die Zahl der Haushalte wird nach der mittleren Variante also nur halb so stark sinken wie die Bevölkerungszahl. Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird bis 2050 noch um 10% steigen, die Zahl der Großhaushalte dagegen um 58% zurückgehen.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen wird in der Zukunft vermutlich noch stärker als heute von der Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur und der Nähe zu Arbeitsplätzen, von den institutionellen Rahmenbedingungen vor Ort sowie von Wohn- und Freizeitwerten bestimmt werden.

Eine unmittelbare Folge der veränderten Anzahl und Zusammensetzung der Haushalte ist ein veränderter Bedarf an Wohnungen. Der altengerechten Ausgestaltung des Wohnungsangebotes wird hierbei eine zentrale Bedeutung zukommen. Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen werden zum festen Bestandteil städtebaulicher Sanierungskonzepte werden.

Die Studie mit dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung“ kann zum Preis von 15 Euro zuzüglich Versandkosten beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz bestellt werden. Bestellformular und -adressen siehe Seite 484.

Die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2003



Von Malte Usczeck

Die Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren durch Gestorbenenüberschüsse und Zuwanderungsgewinne geprägt. Da der positive Wanderungssaldo stets höher ausfiel als die Negativbilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung, konnte bisher durchweg ein Anwachsen der Bevölkerungszahl beobachtet werden, das sich in den letzten Jahren allerdings merklich verringert hat.

Noch geringes Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz ist im Jahr 2003 weiter gewachsen. Nach der Bevölkerungsfortschreibung hatte Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 2003 fast 4 058 700 Einwohner – rund 1 000 mehr als ein Jahr zuvor. Damit hat sich der Bevölkerungszuwachs, verglichen mit den hohen Zahlen der Jahre 2001 (14 500 Personen) und 2002 (8 700 Personen), deutlich abgeschwächt.

Wie in den vergangenen Jahren war auch im Jahr 2003 der Anstieg der Bevölkerungszahl auf die räumliche Bevölkerungsbewegung zurückzuführen, die den hohen negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung überkompensierte. Rund 100 900 Zuzügen über die Landesgrenze, also aus anderen Bundesländern und dem Ausland, standen 90 100 Fortzüge gegenüber, so dass per Saldo in Rheinland-Pfalz ein Wanderungsgewinn von 10 800 Personen zu verzeichnen war.

Der Wanderungsgewinn führt zwar nach wie vor zu steigenden Bevölkerungszahlen, ist jedoch nochmals etwas zurückgegangen. 2002 überstiegen die Zuzüge die Fortzüge

über die Landesgrenze noch um gut 16 600 Personen; im Jahr 1990 hatte der Saldo mit fast 63 000 einen Spitzenwert erreicht.

Diesem Wanderungsgewinn standen 43 900 Gestorbene und 34 100 Geborene gegenüber; das bedeutet einen Überschuss der Gestorbenen von 9 800 Menschen, der damit erneut zugenommen hat (2002: 7 900).

Zunehmender Gestorbenenüberschuss

Ende des Jahres 2003 lebten in Rheinland-Pfalz rund 312 600 Ausländer; das waren

Positiver Wanderungssaldo

T 1

Bevölkerungsentwicklung 2003

Merkmal	2002	2003	Veränderung	
	Anzahl		%	
Bevölkerung am 31.12.				
Bevölkerung	4 057 727	4 058 682	955	0,0
darunter Ausländer	311 710	312 575	865	0,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung				
Geborene	34 741	34 083	- 658	-1,9
Gestorbene	42 669	43 933	1 264	3,0
Saldo ¹⁾	- 7 928	- 9 850	- 1 922	24,2
Räumliche Bevölkerungsbewegung				
Zuzüge	111 090	100 869	- 10 221	-9,2
Fortzüge	94 501	90 064	- 4 437	-4,7
Saldo ²⁾	16 589	10 805	- 5 784	-34,9

1) Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-). – 2) Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-).

fast 900 mehr als ein Jahr zuvor. Sie hatten einen Anteil von 7,7% an der Bevölkerung. Auch der Saldo aus den Zuzügen von Ausländern aus dem Ausland und den Fortzügen von Ausländern in das Ausland war für Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 positiv; er belief sich auf 6 100. Hinter diesem Saldo standen rund 23 000 Zuzüge und 16 900 Fortzüge. Der Wanderungssaldo ist um rund 5 500 Menschen niedriger ausgefallen als 2002, weil im Jahr 2003 zum einen die Zuzüge von Ausländern aus dem Ausland um 4 000 sanken und zum anderen die Fortzüge von Ausländern in das Ausland um über 1 500 anstiegen.

Deutliche regionale Unterschiede

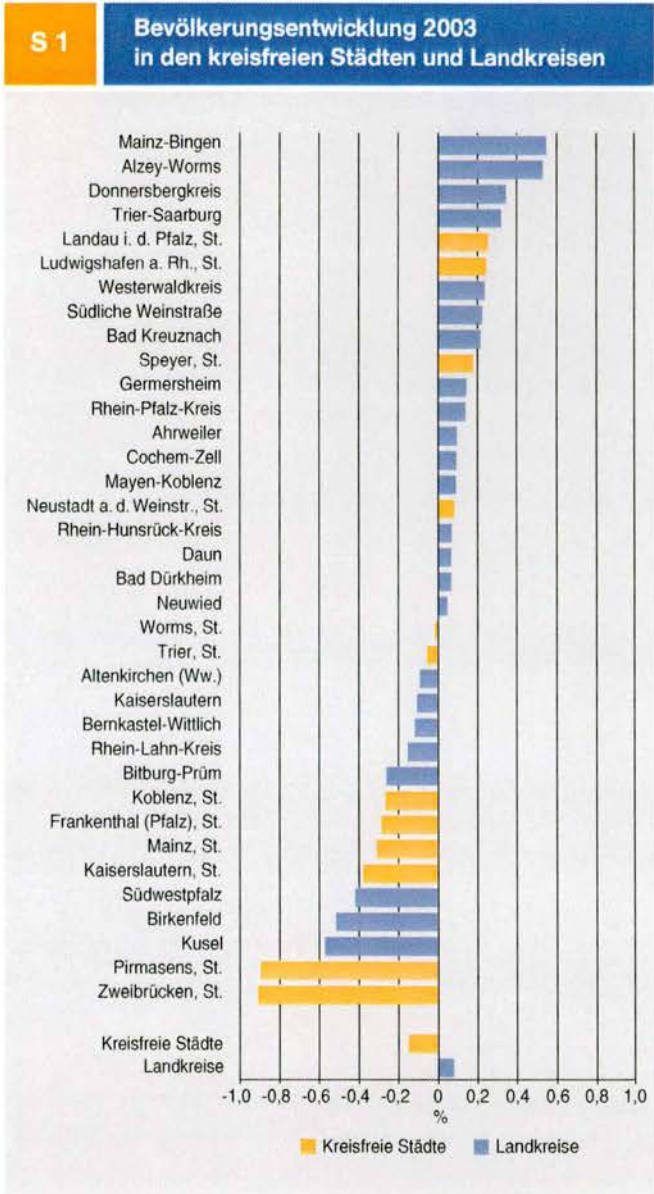
Geborenenüberschuss nur im Landkreis Mainz-Bingen

Eine regionalisierte Betrachtung macht Unterschiede im Land deutlich. Von den 36 Landkreisen und kreisfreien Städten wies nur der Landkreis Mainz-Bingen einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf. Der Geborenenüberschuss ist allerdings sehr niedrig ausgefallen, so dass der Bevölkerungszuwachs für den nach der Bevölkerungszahl drittgrößten Landkreis des Landes durch die natürliche Bevölkerungsbewegung nur bei 0,03% lag.

Von den anderen Verwaltungsbezirken hatten die Landkreise Alzey-Worms und Germersheim sowie die kreisfreie Stadt Mainz die niedrigsten negativen Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Am ungünstigsten war die Entwicklung von Geburten und Sterbefällen in der kreisfreien Stadt Pirmasens. Die Stadt verlor 2003 über 0,7% ihrer Bevölkerung durch einen Überhang an Sterbefällen.

Nur fünf Gebiete mit negativer Wanderungsbilanz

Der Wanderungssaldo, das heißt die Gegenüberstellung von Zu- und Fortzügen, war dagegen in den meisten kreisfreien Städten



und Landkreisen positiv. Den höchsten Bevölkerungszuwachs durch räumliche Bevölkerungsbewegungen erzielte der Landkreis Ahrweiler (+0,7%). Lediglich die kreisfreien Städte Frankenthal, Landau in der Pfalz, Pirmasens und Zweibrücken sowie der Landkreis Kusel mussten mehr Fort- als Zuzüge hinnehmen. Die Stadt Landau in der Pfalz, die die ungünstigste Wanderungsentwicklung hatte, verlor per Saldo rund 0,3% ihrer Bevölkerung durch Abwanderungen.

In 16 der 36 kreisfreien Städte und Landkreise von Rheinland-Pfalz nahm die Bevölkerung als Ergebnis der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen gegenüber dem 31. Dezember 2002 ab. Den mit Abstand stärksten Bevölkerungsrückgang mussten die Städte Zweibrücken und Pirmasens hinnehmen; im Vergleich zum Vorjahr sank die Bevölkerung in den beiden Städten um jeweils 0,9%. Den größten Bevölkerungszuwachs im Land verbuchte der Landkreis Mainz-Bingen mit rund 0,6%. So gut wie ausgeglichen waren hingegen natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen in der kreisfreien Stadt Worms, so dass deren Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2003 fast unverändert blieb.

Frauenüberschuss etwas geringer als im Vorjahr

Die Geschlechterverteilung der Bevölkerung eines Raumes wird durch die Sexualproportion ausgedrückt. Diese Kennziffer gibt an, wie viele männliche Personen auf 1 000 weibliche Personen entfallen, und zählt zu den wichtigen Strukturmerkmalen der Bevölkerung. Am 31. Dezember 2003 lebten in Rheinland-Pfalz 2 069 600 Frauen, 3 200 mehr als ein Jahr zuvor. Auf 1 000 Frauen kamen somit rund 961 Männer (2002: 952). In Trier gab es je 1 000 Frauen nur 896 Männer; damit hatte Trier den höchsten Frauenüberschuss in Rheinland-Pfalz. Am niedrigsten war er in der Stadt Ludwigshafen am Rhein, wo auf 1 000 Frauen 988 Männer kamen.

Die allgemeine Geburtenziffer, auch „rohe“ Geburtenrate genannt, ist eine demographische Maßzahl zur Vermittlung eines ersten Eindrucks des Geburtengeschehens. Sie errechnet sich aus der Anzahl der während ei-

nes Jahres Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohner der durchschnittlichen Bevölkerung. Für Rheinland-Pfalz belief sich die rohe Geburtenrate im Jahr 2003 auf 8,4 Lebendgeborene je 1 000 Einwohner. Sie war damit weiterhin rückläufig; im Jahr 2000 lag diese Kennziffer noch bei 9,4, im Jahr 2002 bei 8,6. Die höchste Geburtenrate erreichte mit 9,4 (2002: 9,1) die kreisfreie Stadt Worms, die niedrigste ergab sich im Landkreis Südwestpfalz mit 6,9 (2002: 7,0).

Veränderungen im Altersaufbau

Der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich gegenüber 2002 weiter verändert: Die Bevölkerung unter 20 Jahren hat um 0,8% abgenommen, die Bevölkerung zwischen 20 und 60 Jahren nahm um 0,1% zu. Die Zahl der 60-Jährigen und Älteren ist um 0,5% angestiegen. Die Verschiebung der Altersstruktur wird unter anderem anhand des Jugend- und Altenquotienten dargestellt, das heißt der Zahl der unter 20-Jährigen bzw. über 60-Jährigen bezogen auf die Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 60 Jahren. Im Jahr 2003 ist der Jugendquotient gegenüber 2002 von 40 auf 39 gesunken; das bedeutet, dass auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren 39 Jugendliche kommen, die in der Regel noch nicht erwerbstätig sind. Als Altenquotient errechnet sich für 2003, ebenso wie für 2002, ein Wert von 43; somit kommen auf 100 Erwerbsfähige 43 zumeist nicht mehr erwerbstätige ältere Personen.

Zahl der unter 20-Jährigen rückläufig

Höchster Frauenüberschuss in Trier

Geburtenrate weiter gesunken, höchste Rate in der Stadt Worms

Malte Usczeck, Diplom-Verwaltungswirt (FH), leitet das Sachgebiet Gebiet, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Volks- und Berufszählungen.

Das „Meister-BAföG“ – Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz



Von Hans-Jürgen Weber

Die Fort- und Weiterbildung gewinnt am Bildungsstandort Deutschland zunehmend an Bedeutung. Das 1996 in Kraft getretene Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) schafft die Grundlage für eine finanzielle Unterstützung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Damit wird der politischen Forderung nach Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung Rechnung getragen. Eine weitere Zielsetzung des Gesetzes ist es, die berufliche Selbständigkeit zu fördern und einen Anreiz für Existenzgründungen, insbesondere im Handwerksbereich, zu geben. Wegen Parallelen und zur Abgrenzung vom „normalen“ BAföG wird die Förderung nach dem AFBG auch „Meister-BAföG“ genannt. Die wesentlichen Fördertatbestände werden gemäß § 27 AFBG in einer Bundesstatistik erfasst.

Zahl der Empfänger stark gestiegen

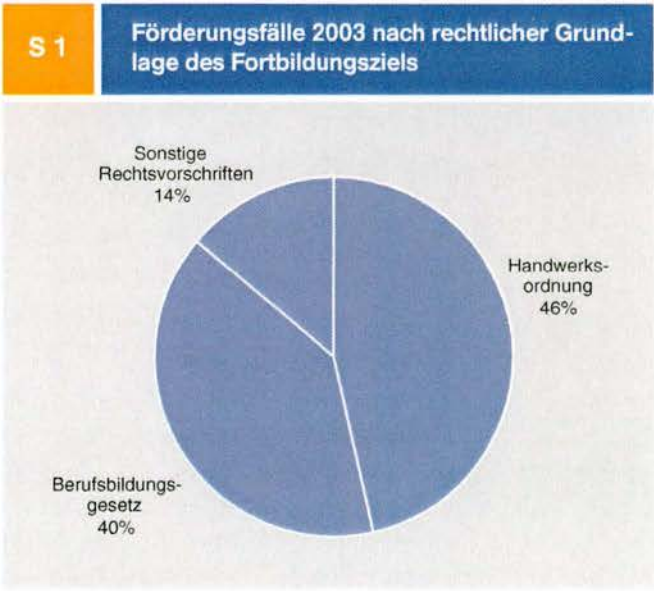
Die Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) hat im Jahr 2003 stark zugenommen. Sie stieg in Rheinland-Pfalz gegenüber 2002 um 45% auf 4 957. Auf Bundesebene war der Anstieg der Empfänger von Zuschüssen und Darlehen mit 39% etwas schwächer, aber ebenfalls deutlich.

Förder-spektrum wurde erweitert

Die starken Zunahmen sind auf das zum 1. Januar 2002 in Kraft getretene Reformgesetz zum AFBG zurückzuführen. Mit der Novellierung wurden die Förderkonditionen stark verbessert und zudem das Förderspektrum erheblich ausgedehnt. Bereits im Jahr 2002 hatten diese Maßnahmen zu einem Anstieg von 47% bei der Zahl der Geförderten in Rheinland-Pfalz geführt. Im ersten Förderjahr 1996 waren 1 608 Personen gefördert worden.

Die Zahl der AFBG-Begünstigten hat von 1996 bis 2003 um 208% zugenommen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass das Gesetz 1996 zwar rückwirkend zum 1. Januar in Kraft trat, jedoch erst am 23. April im

Zahl der Begünstigten seit Einführung des Meister-BAföGs verdreifacht



Exkurs

Aufstiegsförderung nach dem „Meister-BAföG“

■ Was ist das Meister-BAföG?

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierung und verfolgt das Ziel, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung durch finanzielle Unterstützung abzusichern.

■ Wer wird gefördert?

Die Aufstiegsförderung beantragen können Handwerker und andere Fachkräfte, die sich auf einen Fortbildungsabschluss zu

- Handwerks- oder Industriemeistern,
- Technikern,
- Fachkaufleuten,
- Fachkrankenschwestern,
- Betriebsinformatikern,
- Programmierern,
- Betriebswirten

oder auf eine vergleichbare Qualifikation vorbereiten. Als Voraussetzung müssen sie über eine nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) anerkannte abgeschlossene Erstausbildung oder einen vergleichbaren Berufsabschluss verfügen.

Seit dem 1. Januar 2002 sind darüber hinaus

- Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen nach den Richtlinien der Deutschen Krankenhausgesellschaft und
- Fortbildungen an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen

bundesweit förderfähig.

Fernlehrgänge können ebenfalls gefördert werden, wenn sie die Förderungsvoraussetzungen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes erfüllen und zusätzlich den Anforderungen des Fernunterrichtsschutzgesetzes entsprechen. Mediengestützte Lehrgänge können ebenfalls gefördert werden, wenn sie durch Nahunterricht oder eine entsprechende mediengestützte Kommunikation ergänzt und regelmäßige Erfolgskontrollen durchgeführt werden.

■ Wie wird gefördert?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen erhalten einen monatlichen Unterhaltsbeitrag zum Lebensunterhalt, dessen Höhe sich nach dem Familienstand richtet. Der Unterhaltsbeitrag ist einkommens- und vermögensabhängig.

Bei Vollzeit- und Teilzeitmaßnahmen ist zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren ein einkommens- und vermögensunabhängiger Maßnahmebeitrag in Höhe der tatsächlich anfallenden Gebühren, höchstens jedoch 10 226 Euro, vorgesehen. Er besteht aus einem Zuschuss in Höhe von zurzeit 33%, im Übrigen aus einem zinsgünstigen Bankdarlehen.

Die Darlehen sowohl für den Unterhalts- als auch für den Maßnahmebeitrag sind während der Fortbildung und während einer anschließenden Karenzzeit von zwei Jahren – längstens jedoch sechs Jahren – zins- und tilgungsfrei.

Die notwendigen Kosten der Anfertigung des Prüfungsstücks (so genanntes Meisterstück oder eine vergleichbare Prüfungsarbeit) werden bis zur Hälfte, höchstens jedoch bis zu einer Höhe von 1 534 Euro im Rahmen eines zinsgünstigen Darlehens gefördert.

Die Darlehen werden von der KfW-Bankengruppe ausgezahlt, mit der hierüber ein gesonderter Darlehensvertrag geschlossen werden muss.

Über Art und Höhe des Förderanspruchs entscheiden von den Ländern bestimmte Behörden, die auch die Zuschüsse auszahlen. Zuständige Behörden sind in Rheinland-Pfalz die kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung bei den Kreisen und kreisfreien Städten am gewöhnlichen Aufenthaltsort des Antragstellers.

Quelle:

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; Online im Internet: URL: <http://www.bmwi.de/Navigation/Wirtschaft/Mittelstandspolitik/Aus-und-Weiterbildung/weiterbildung-im-handwerk,did=5870.html> (Stand 21.10.2003).

Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Ein Teil der Anspruchsberechtigten in Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen dürfte deshalb im Startjahr die Finanzierung anderweitig abgesichert haben.

Knapp die Hälfte der im Jahr 2003 Geförderten strebte eine Handwerksmeisterprüfung an

Durch das AFBG wird eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen erfasst; die Palette geförderter Abschlüsse reicht vom Handwerksmeister bis zum Fachkrankenschwäger. Trotz des breiten Förderspektrums ist noch immer eine Konzentration auf Meisterkurse des Handwerks gegeben. So absolvierten im Jahr 2003 gut 46% (2 301) der Weiterbildungswilligen eine in der Handwerksordnung geregelte und vorwiegend auf die Meisterprüfung gerichtete Fortbildungsmaßnahme.

Im Startjahr 1996 war die Konzentration auf die Förderung angehender Handwerksmeisterinnen und -meister noch deutlicher ausgefallen. Seinerzeit qualifizierten sich 79% der Geförderten in Maßnahmen, die über die Handwerksordnung geregelt sind. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass bei der Einführung des AFBG in der Öffentlichkeit die Meinung vorherrschte, das Gesetz würde vor allem den Aufstieg zum „Meister“ unterstützen und sei vornehmlich für diesen Personenkreis geschaffen worden.

Knapp 40% (1 969) der Geförderten qualifizierten sich in einer durch das Berufsbildungsgesetz abgesicherten Maßnahme im kaufmännischen oder industriellen Bereich,

z. B. mit dem Ziel, einen Abschluss als Fach- oder Betriebswirt zu erlangen. Die übrigen 14% (687) strebten eine nach vergleichbarem Bundes- oder Landesrecht oder nach sonstigen Richtlinien geregelte Maßnahme an. Hierbei handelte es sich vor allem um Schülerinnen oder Schüler an Fachschulen, die dort eine Ausbildung für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen oder im technischen Bereich absolvierten.

Fortbildung erfolgte zumeist an öffentlichen Einrichtungen

Nur 3% (141) der im Jahr 2003 nach dem AFBG Geförderten strebten ihre Weiterqualifizierung über einen Fernlehrgang an.

Rund 39% (1 920 Personen) besuchten Präsenzlehrgänge an öffentlichen Instituten, so etwa an Einrichtungen, an denen Meisterkurse der Handwerkskammern durchgeführt werden. 36% (1 809) der Leistungsbezieher qualifizierten sich an öffentlichen Schulen, an denen insbesondere Fortbildungsmaßnahmen für angehende Fachwirtinnen und Fachwirte sowie Ausbildungsgänge für Technikerinnen und Techniker angeboten werden.

22% (1 087) der an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung Teilnehmenden besuchten private Schulen oder Institute.

Ausbildungsdauer erhöht

Die Dauer der Förderung orientiert sich grundsätzlich an der Ausgestaltung des Bildungsgangs. Vollzeitmaßnahmen müssen in der Regel in einem Zeitrahmen von bis zu

Anteil der Geförderten nach der Handwerksordnung im Startjahr am höchsten

40% entfallen auf Maßnahmen nach dem Berufsbildungsgesetz

Fernlehrgänge von geringem Gewicht

Öffentliche Institute und Schulen gleichermaßen gefragt

24 Monaten abgeschlossen werden, Teilzeitmaßnahmen dürfen auf höchstens 48 Monate angelegt sein. Bei Vorliegen bestimmter Lebenslagen, etwa bei der Erziehung eines Kindes unter fünf Jahren, bei Schwangerschaft oder schwerwiegender Krankheit, kann die Förderungsdauer individuell verlängert werden. Findet die Fortbildung nicht in einem zusammenhängenden Lehrgang oder Kurs statt oder sind Maßnahmen gemischt in Vollzeit- und Teilzeitform zu absolvieren, wird die Förderhöchstdauer individuell vom zuständigen Amt für Ausbildungsförderung festgelegt.

Dauer der geförderten Maßnahmen hat deutlich zugenommen

Innerhalb des Zeitraums von 1996 bis 2003 hat sich die Dauer der geförderten Maßnahmen erhöht. Wollten bei der Einführung des „Meister-BAföG“ im Jahr 1996 drei Viertel der Geförderten die angestrebte Qualifikation in weniger als 24 Monaten abschließen, so waren es im Jahr 2003 nur noch 54%. Demgegenüber hat sich der Anteil der Fortbildungswilligen in Maßnahmen mit einer Dauer von „24 bis unter 49 Monaten“ von 25% im Jahr 1996 auf 46% im Jahr 2003 deutlich erhöht.

Anteil der Geförderten in Teilzeitmaßnahmen steigend

Der Gesetzgeber war bei der Konzeption der Aufstiegsfortbildungsförderung davon ausgegangen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Qualifizierung überwiegend berufsbegleitend anstreben würden.¹⁾

1) Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht über die Umsetzung und Inanspruchnahme des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), Bundestagsdrucksache 14/1137 vom 11. 6. 1999, S. 6.

T 1

Geförderte nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz seit Einführung der Maßnahme 1996-2003

Jahr	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Weiblich	
			zusammen	Anteil
	Anzahl	%	Anzahl	%
1996	1 608	x	224	13,9
1997	2 540	58,0	360	14,2
1998	2 613	2,9	350	13,4
1999	2 452	-6,2	354	14,4
2000	2 266	-7,6	395	17,4
2001	2 329	2,8	435	18,7
2002	3 421	46,9	779	22,8
2003	4 957	44,9	1 316	26,5

Tatsächlich aber wählte die Mehrzahl der Geförderten in den Jahren 1996 bis 2001 eine Fortbildungsmaßnahme in Vollzeitform. Bei dieser Organisationsform sind an fünf Werktagen in der Woche mindestens 25 Unterrichtsstunden zu absolvieren. Erst ab dem Jahr 2002 haben sich die Relationen stärker hin zu beruflichen Teilzeitmaßnahmen verschoben. So betrug der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Teilzeitmaßnahmen im Jahr 2002 bereits 58% (1 984) und im Jahr 2003 absolvierten 65% der Geförderten (3 210 Personen) Maßnahmen in berufsbegleitender Form.

Teilzeitanteil auf 65% gestiegen

Frauenanteil nahm zu

In den Anfangsjahren der Fortbildungsförderung wurden Leistungen nach dem AFBG überwiegend von Männern beantragt. Inzwischen nutzen in zunehmendem Maße auch Frauen die Fördermöglichkeiten, um ihre berufliche Aufstiegsfortbildung finanziell abzusichern. Waren unter den Leistungsbeziehern im Jahr 1996 erst 14% (224) Frauen, so hat sich dieser Anteil inzwischen annähernd verdoppelt. Seit 2002 ist die Zahl der weib-

lichen Geförderten um 69% gestiegen, die Zahl der geförderten Männer nahm demgegenüber um lediglich 38% zu.

Förderung nach dem Berufsbildungsgesetz wird mehr von Frauen als von Männern beansprucht

Hinsichtlich der Fortbildungsziele gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. 53% der Frauen, aber nur 35% der Männer absolvierten eine auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes abgesicherte Fortbildungsmaßnahme. Dagegen qualifizierten sich 54% der Männer, jedoch nur 26% der Frauen in einer Fortbildungsmaßnahme, die in der Handwerksordnung geregelt ist.

Mehrzahl der Geförderten ist unter 30 Jahre alt

Die Förderung nach dem AFBG wird unabhängig vom Alter und vom Geschlecht des Antragstellers gewährt. Die Statistik zeigt, dass Leistungen nach diesem Gesetz insbesondere von jüngeren Personen in Anspruch genommen werden. Im Jahr 2003 waren rund 61% der Geförderten jünger als 30 Jahre, 1996 waren es sogar zwei Drittel gewesen. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen betrug im Jahr 2003 gut 18%; 1996 hatte er noch bei 22% gelegen.

T 2 Geförderte 1996 und 2003 nach Altersgruppen

Altersgruppe	1996		2003		Veränderung
	insgesamt	Anteil	insgesamt	Anteil	
	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 30 Jahre	1 063	66,1	3 045	61,4	186,5
30 bis 34 Jahre	353	22,0	917	18,5	159,8
35 Jahre und älter ohne Angabe	192	11,9	994	20,1	417,7
	-	-	1	0,0	x
Insgesamt	1 608	100	4 957	100	208,3

T3 Finanzieller Aufwand 1996-2003 nach der Art der Förderung

Jahr	Insgesamt		Davon		
	Betrag	Veränderung zum Vorjahr	Zuschuss	Bewilligte Darlehen	
				Betrag	Anteil
	1 000 EUR	%		1 000 EUR	%
1996	5 960	x	514	5 446	91,4
1997	7 625	27,9	957	6 669	87,5
1998	8 051	5,6	1 058	6 992	86,8
1999	7 948	-1,3	1 068	6 879	86,6
2000	7 215	-9,2	1 017	6 198	85,9
2001	7 618	5,6	1 021	6 598	86,6
2002	11 197	47,0	3 629	7 568	67,6
2003	15 254	36,2	5 041	10 214	67,0

Erhöht hat sich demgegenüber der Anteil der über 35-Jährigen. Diese Gruppe stellte 1996 noch knapp 12% der Geförderten, im Jahr 2003 gehörten 20% dieser Altersgruppe an. Zusammen mit der vergleichsweise starken Zunahme der Zahl der geförderten Personen in dieser Altersklasse deutet dies darauf hin, dass auch Ältere in zunehmendem Maße ihre berufliche Position verbessern möchten und an Maßnahmen der Aufstiegsfortbildung teilnehmen.

Anteil der 35-Jährigen und Älteren hat sich auf 20% erhöht

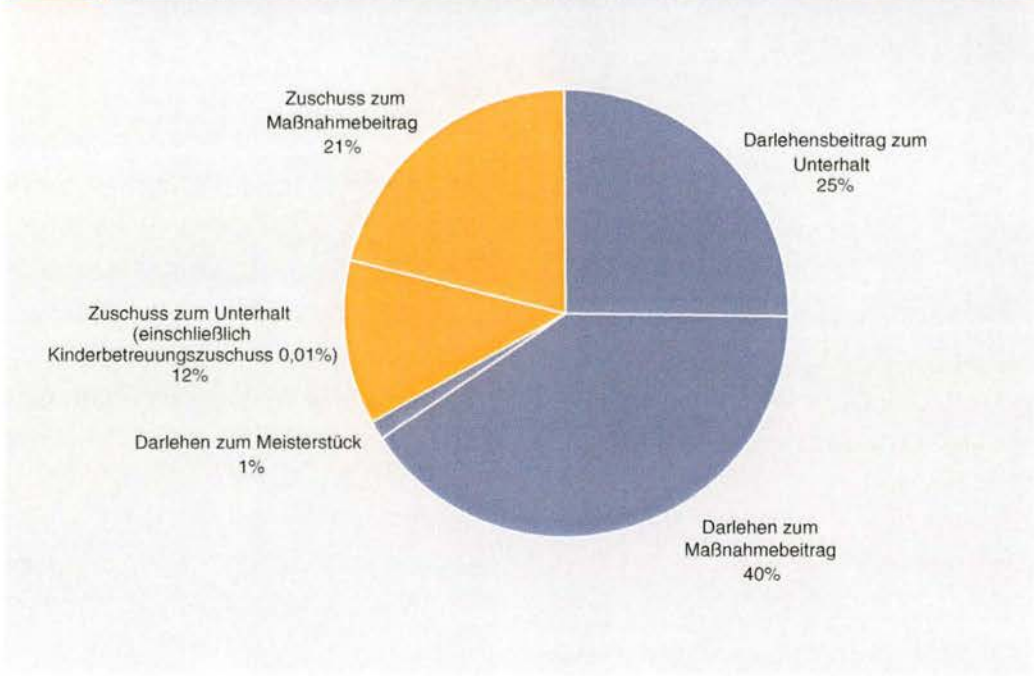
Fördervolumen stark gestiegen

Die hohe Zunahme der Zahl der Geförderten schlägt sich auch in den bewilligten Leistungen nieder. So lag der finanzielle Aufwand für das „Meister-BAföG“ im Jahr 2003 mit 15,3 Mill. Euro um 4,1 Mill. Euro oder 36% über der Fördersumme des Jahres 2002 und um 9,3 Mill. Euro oder 156% über dem Leistungsvolumen des Jahres 1996. Insgesamt wurden im Jahr 2003 ein Drittel des Förderbetrags, nämlich 5 Mill. Euro, als Zuschuss und zwei Drittel (10,2 Mill. Euro) als Darlehen bewilligt.

Der größte Anteil des Fördervolumens entfiel mit 40,2% oder 6,1 Mill. Euro auf Darle-

S 2

Finanzieller Aufwand 2003 nach der Art der Förderung



Zwei Drittel des Gesamtaufwands sind rückzahlbare Darlehen

henszusagen zur Finanzierung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren. Weitere gut 25% oder 3,9 Mill. Euro wurden in Darlehensform zum Bestreiten des Lebensunterhalts bewilligt. Im Umfang von gut 21% oder 3,2 Mill. Euro wurden Zuschüsse für die Kosten der Ausbildungsmaßnahmen und im Umfang von knapp 12% (1,8 Mill. Euro) Zuschüsse zur Finanzierung des Lebensunterhalts bewilligt. Kreditzusagen zur Finanzierung eines Meisterstücks oder einer vergleichbaren Prüfungsarbeit wurden in Höhe von 0,2 Mill. Euro (1,4%) gewährt. Mit insgesamt 2 000 Euro wurde die Betreuung von Kindern der Auszubildenden bezuschusst.

Von den im vergangenen Jahr bewilligten Kreditzusagen von 10,2 Mill. Euro wurden insgesamt 6,2 Mill. Euro an Darlehen ausbezahlt. Davon entfielen 3,3 Mill. Euro auf die Finanzierung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren und 2,8 Mill. Euro auf Unterhaltsbeiträge zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken zuständig.

Das Bauhauptgewerbe im Jahr 2003



Von Rainer Klein

Die Rezession im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe setzte sich im Jahr 2003 fort, ein Ende der Krise ist auch am aktuellen Rand des laufenden Jahres 2004 nicht in Sicht. Die rückläufige Nachfrage nach Bauleistungen machte sich am deutlichsten im gewerblichen Tiefbau und im Straßenbau bemerkbar, erhebliche Einbußen mussten auch der gewerbliche Hochbau und der Wohnungsbau hinnehmen. Für Umsatzsteigerungen sorgten hingegen die öffentlichen Investitionen im Hoch- und Tiefbau.

Schwache Baukonjunktur hielt 2003 an

Baugewerblicher Umsatz um 5,8% niedriger als im Vorjahr

Die Talfahrt des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes hält in der Tendenz nunmehr schon seit zehn Jahren an. Im Jahr 2003 erzielten die monatlich meldepflichtigen Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, die schwerpunktmäßig vorbereitende Baustellenarbeiten sowie Hoch- und Tiefbauarbeiten ausführen, baugewerbliche Umsätze in Höhe von gut 2,5 Mrd. Euro; das waren nominal 5,8% weniger als im Jahr zuvor. 2003 wurden an 251 Arbeitstagen ins-

gesamt etwas mehr als 25 Mill. Arbeitsstunden geleistet, 8,2% weniger als im Vorjahr, in dem an 250 Tagen gearbeitet wurde.

Differenziert man die baugewerblichen Umsätze nach Quartalen, zeigt sich, dass 2003 vor allem zu Jahresbeginn das Umsatzergebnis des Vorjahres näherungsweise noch gehalten werden konnte. So erzielten die Betriebe im ersten Quartal 2003 Umsätze in Höhe von 447 Mill. Euro, lediglich 0,7% weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die nachhaltigen Umsatzeinbußen fanden erst in den Folgequartalen statt.

Umsätze zu Jahresbeginn noch stabil, Verschlechterung im Laufe des Jahres

T 1 Bauhauptgewerbe¹⁾ 2002 und 2003

Merkmal	Einheit	2002	2003	Veränderung in %
Betriebe ²⁾	Anzahl	476	436	-8,4
Beschäftigte ²⁾	Anzahl	22 837	20 851	-8,7
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	1 000 EUR	2 692 765	2 537 060	-5,8
Umsatz je Beschäftigten	EUR	117 912	121 676	3,2
Arbeitstage	Anzahl	250	251	0,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 000 EUR	716 564	670 614	-6,4
darunter Löhne	1 000 EUR	521 618	486 725	-6,7
Auftragseingang ³⁾	1 000 EUR	2 214 676	2 056 379	-7,1
Auftragsbestand am 31.12. ³⁾	1 000 EUR	867 469	867 420	-0,0

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Arbeitsgemeinschaften. – 2) Monatsdurchschnitt. – 3) Ohne Umsatzsteuer.

Beschäftigtenzahl stark rückläufig

Noch deutlicher als beim Umsatz kommt die anhaltend schwache Baukonjunktur bei der Beschäftigung zum Ausdruck. Mit rund 20 850 Beschäftigten lag der Personalstand 2003 bei den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten um fast 2 000 Personen niedriger (–8,7%) als im Jahr zuvor. Im Jahr 1995 lag der entsprechende Wert noch bei annähernd 32 500 Beschäftigten. Die Zahl der

Beschäftigtenrückgang um mehr als ein Drittel in weniger als zehn Jahren

Arbeitskräfte im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe hat sich somit – zumindest bei den größeren Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten – in weniger als zehn Jahren um mehr als ein Drittel reduziert.

6,6% weniger Auszubildende auf den Baustellen

Mit einem Minus von 6,2% ist wie in den Vorjahren die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten etwas weniger stark zurückgegangen als die Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer (–9,4%), also der auf den Baustellen arbeitenden Personen. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden sank im Jahr 2003 um 6,6%.

Umsatzentwicklung nur im öffentlichen Hoch- und Tiefbau positiv

Während im Jahr 2000 im Tiefbau des Landes die baugewerblichen Umsätze gegenüber dem Vorjahr gestiegen waren, kehrte sich die Entwicklung in den Folgejahren um. Für 2003 wurde ein deutliches Minus von 8,4% ermittelt. Zu diesen Umsatzeinbußen im Tiefbau trugen der gewerbliche Tiefbau (–20,9%) und der Straßenbau (–10,2%) bei. Der öffentliche Tiefbau erzielte ein Umsatzplus von 4,3%, konnte aber die derzeitige Krise nur teilweise auffangen.

Rückgänge im gewerblichen Bereich konnten nicht voll kompensiert werden

Im Hochbau (–2,8%) setzte sich die seit Jahren beobachtete Abwärtsentwicklung insbesondere im Wohnungsbau fort. Die Umsätze in diesem Bereich gingen 2003 um 8,3% auf inzwischen nur noch rund 338 Mill. Euro zurück. In ähnlicher Größenordnung verzeichneten die Betriebe im gewerblichen Hochbau Umsatzrückgänge, während der öffentliche Hochbau (+17,6%) erheblich dazu beitrug, dieses Marktsegment zu stützen und die Umsatzverluste zu begrenzen. Aufgrund der rückläufigen Zahlen, welche die Statistik der Baugenehmigungen 2003 im

T 2

Baugewerblicher Umsatz¹⁾ im Bauhauptgewerbe²⁾ 2002 und 2003 nach Quartalen

Zeitraum	2002	2003	Veränderung
	1 000 EUR		%
1. Quartal	450 167	446 995	-0,7
2. Quartal	681 188	630 401	-7,5
3. Quartal	760 456	699 887	-8,0
4. Quartal	800 954	759 778	-5,1
Insgesamt	2 692 765	2 537 061	-5,8

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Arbeitsgemeinschaften.

T 3

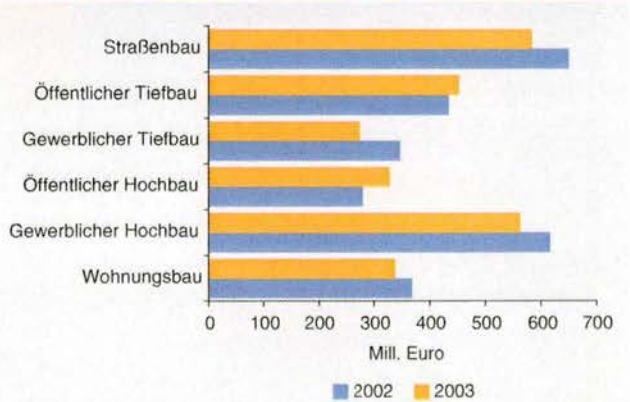
Baugewerblicher Umsatz¹⁾ im Bauhauptgewerbe²⁾ 2002 und 2003 nach Bauarten

Bauart	2002	2003	Veränderung
	1 000 EUR		%
Hochbau	1 263 205	1 228 191	-2,8
Wohnungsbau	368 258	337 715	-8,3
gewerblicher Hochbau	615 860	562 346	-8,7
gewerblicher und industrieller Bau	597 170	536 682	-10,1
Bahn und Post	14 684	23 296	58,6
landwirtschaftlicher Bau	4 006	2 368	-40,9
öffentlicher Hochbau	279 087	328 129	17,6
Tiefbau	1 429 560	1 308 870	-8,4
gewerblicher Tiefbau	346 333	273 778	-20,9
gewerblicher und industrieller Bau	234 105	188 630	-19,4
Bahn und Post	112 228	85 148	-24,1
öffentlicher Tiefbau	433 416	451 872	4,3
Straßenbau	649 811	583 219	-10,2
Insgesamt	2 692 765	2 537 060	-5,8

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten einschließlich Arbeitsgemeinschaften.

S 1

Baugewerblicher Umsatz nach Bauarten



Bereich des Nichtwohnbaus aufweist, dürfte zumindest im gewerblichen und industriellen Hochbau mittelfristig nicht mit einem Umschwung zu rechnen sein.

Auftragsentwicklung rutscht noch stärker ins Minus

Hochbau besonders stark betroffen

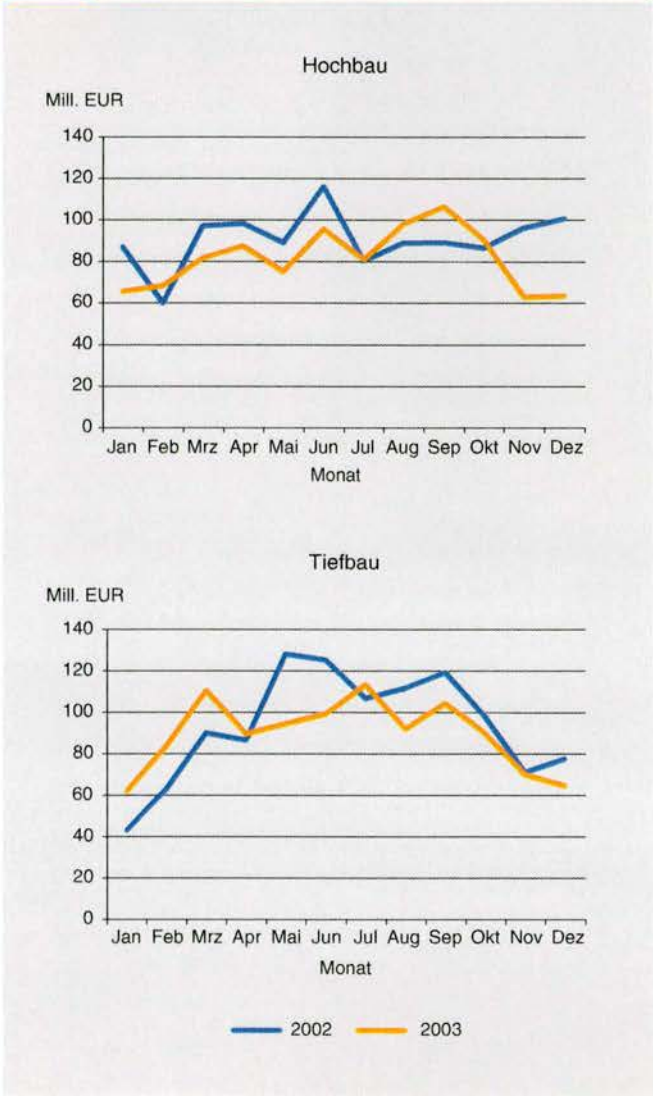
Die im Bauhauptgewerbe im Jahr 2003 eingegangenen Aufträge wiesen einen Gesamtwert von knapp 2,1 Mrd. Euro auf. Das waren 7,1% weniger als im Jahr zuvor. Damit hat sich die bereits seit 1999 zu beobachtende negative Auftragsentwicklung in diesem Bereich fortgesetzt und noch verstärkt. Der Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe spielte sich 2003 überwiegend im Hochbau (-10,3%) ab. Aber auch im Tiefbau wurden um 4,1% geringere Bestelleingänge verbucht.

Ähnliche Entwicklung beim Bauhauptgewerbe in Deutschland

Die Betriebe mit jeweils 20 und mehr Beschäftigten verzeichneten im Bauhauptgewerbe auch deutschlandweit deutlich niedrigere Auftragseingänge als im Vorjahr, wobei hier die Einbußen im Hochbausektor ebenfalls kräftiger ausfielen als im Tiefbau. In den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus setzte sich der seit 1996 anhaltende Beschäftigungsabbau fort. Im Jahresdurchschnitt 2003 waren rund 458 000 Personen tätig; 54 400 oder 10,6% weniger als 2002. Der Beschäftigungsrückgang lag somit um 1,9 Prozentpunkte höher als im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe. Der baugewerbliche Umsatz belief sich noch auf 56,5 Mrd. Euro (-5,6%). Hier war die Entwicklung im Vergleich zu Rheinland-Pfalz demnach geringfügig besser.

S 2

Auftragseingang im Hochbau und im Tiefbau 2002 und 2003 nach Monaten



Anders als in Rheinland-Pfalz machte sich deutschlandweit die schwierige Haushaltslage der öffentlichen Kassen für das Bauhauptgewerbe eindeutig bemerkbar; die öffentlichen Investitionen gaben hier keinerlei Impulse. Der öffentliche Hochbau lag ungefähr auf dem Vorjahresniveau, im öffentlichen Tiefbau gab es ein Umsatzminus. Auch die privaten Investitionen brachten den Betrieben bundesweit geringere Umsätze als im Jahr 2002.

Impulse von öffentlichen Investitionen fehlten ganz

Datenbasis

Monatsbericht im Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe umfasst die vorbereitenden Baustellenarbeiten sowie den Hoch- und Tiefbau. Der Monatsbericht im Bauhauptgewerbe ermöglicht durch die monatliche Befragung der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten die Konjunkturbeobachtung dieses Wirtschaftsbereichs und lässt zudem Strukturuntersuchungen zu.

Zum Monatsbericht melden alle bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen innerhalb und außerhalb des produzierenden Gewerbes mit jeweils 20 und mehr Beschäftigten sowie alle Arbeitsgemeinschaften. Erhoben werden jeweils nur die im Bauhauptgewerbe tätigen Bereiche der Betriebe mit ihrer inländischen Tätigkeit.

Rechtsgrundlage für die Erhebungen im Baugewerbe ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe.

Auftragsbestände in Rheinland-Pfalz
Ende 2003 auf Rekordtief

Ende Dezember 2003 beliefen sich die Auftragsreserven bei den rheinland-pfälzischen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten auf 867,4 Mill. Euro. Damit wurden die Auftragsbestände gegenüber Dezember 2002 nochmals leicht unterschritten und befanden sich im langjährigen Vergleich auf einem neuen Rekordtief.

Auftragsbestand
Ende 2003 für
den öffentlichen
Hochbau deutlich
höher als im
Jahr zuvor

Bei den Beständen vermittelt die Differenzierung nach Bauarten ein uneinheitliches Bild. Während das Auftragspolster im Hochbau (393,9 Mill. Euro) insgesamt um 2,7% unter dem Wert des Jahres 2002 blieb, lag der Auftragsbestand speziell für den öffentlichen Hochbau (182,3 Mill. Euro) um 41,7% über dem Wert von Ende 2002. Auf der anderen Seite ging der Tiefbau mit einem Bestand von 473,5 Mill. Euro in das Jahr 2004, was einem Plus von 2,3% entsprach. Insbe-

sondere der Straßenbau (206,5 Mill. Euro; -9%) verhinderte hier ein noch besseres Abschneiden.

Ausblick

Aufgrund der vorliegenden Zahlen für den Zeitraum Januar bis Juli 2004 ist ein Ende der langjährigen Krise des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes vorerst nicht in Sicht. Während die Zahlen der Beschäftigten und der Arbeitsstunden im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Vorjahres um 7 bzw. 7,5% zurückgingen, unterschritt der baugewerbliche Umsatz den vergleichbaren Vorjahreswert lediglich um 1,6%. Obwohl sich die Auftragslage im zweiten Quartal 2004 stabilisierte, blieben die Auftragseingänge im gesamten bisherigen Jahresverlauf um 5,7% hinter dem Wert des Zeitraums Januar bis Juli 2003 zurück.

Keine
Verbesserung
bei den Auf-
tragseingängen
in 2004

Im Hochbausektor (-0,7%) waren Abnahmen insbesondere im Wohnungsbau (-19,2%), der trotz günstiger Bedingungen auf dem Kapitalmarkt unter der schlechten Stimmung der privaten Haushalte leidet, sowie im gewerblichen Hochbau (-10,3%) erkennbar. Eine deutliche Aufwärtsentwicklung weist hingegen der öffentliche Hochbau (+44,9%) auf. Im Tiefbau, der in den ersten sieben Monaten 2004 insgesamt um 9,9% weniger Aufträge verbuchte, schloss lediglich der Straßenbau (+5,6%) mit einem spürbaren Plus ab.

Öffentlicher
Hochbau
stützt die
Auftragslage

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Produzierendes Gewerbe.

Außenhandel mit China und Japan 2003



Von Wolfgang Ellermeyer

Die mit Abstand wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner in Asien sind Japan und China. Der Außenhandel mit China war in den vergangenen zehn Jahren durch hohe Steigerungsraten geprägt. Lediglich 1998, im Jahr der Asienkrise, hat es einen Rückgang gegeben. Auch die Exporte nach Japan wiesen wieder zweistellige Zuwachsraten auf, nachdem sie im Jahr 2002 abgenommen hatten.

Rheinland-pfälzische Wirtschaft profitiert vom Wachstumsmarkt China

Der Wert der nach China ausgeführten Güter lag im Jahr 1994 bei 188 Mill. Euro und hat sich bis zum Jahr 2003 auf 517 Mill. Euro nahezu verdreifacht. (+176%). China rückte damit in der Rangfolge der wichtigsten Ausfuhrländer von Platz 17 auf Platz 12 vor und liegt direkt hinter Japan.

Chinas Anteil an rheinland-pfälzischem Exportvolumen zurzeit bei 1,8%

Gemessen am Gesamtvolumen der Ausfuhren machte der Anteil der rheinland-pfälzischen Exporte nach China im Jahr 2003 allerdings nur 1,8% aus. Auf Bundesebene lag dieser Anteil bei 2,8%. Mit einem Exportvolumen von 18,2 Mrd. Euro erreichte China im vergangenen Jahr bundesweit Platz 10.

Nach deutlicher Abschwächung wieder zweistellige Zuwachsraten in den letzten Monaten

Nach teilweise zweistelligen Steigerungsraten hat sich das Wachstum der rheinland-pfälzischen Ausfuhren nach China in den Jahren 2002 und 2003 spürbar verlangsamt. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres war jedoch bereits wieder ein Anstieg der Ausfuhrzahlen um 26% zu verzeichnen.



Auch die Einfuhren aus China sind durch teilweise zweistellige Zuwachsraten geprägt. Von 1994 bis 2003 stiegen die Importwerte um 130% auf 690 Mill. Euro an. Dabei war der höchste Zuwachs mit +23% im vergangenen Jahr zu verzeichnen. Lediglich 1995 gingen die Einfuhren leicht zurück. China hat sich damit von Rang 12 der wichtigsten rheinland-pfälzischen Importländer auf Rang 8 vorgearbeitet. Auf Bundesebene lag China im vergangenen Jahr bei den Importen auf Platz 7. Gemessen am Gesamtaufkom-

Auch einseitig zweistellige Zuwachsraten

men der deutschen Einfuhren machte das chinesische Importvolumen mit 25 Mrd. Euro einen Anteil von 4,7% aus. In Rheinland-Pfalz lag dieser Anteil bei 3,7%. Im Zeitraum Januar bis Juni 2004 sind die rheinland-pfälzischen Importe aus China gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 11% auf 362 Mill. Euro angestiegen.

Datenbasis

Die Daten zum Außenhandel mit Japan und China stammen aus der monatlichen Außenhandelsstatistik, die zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet wird. Berücksichtigt sind alle Wirtschaftsunternehmen, deren Exporte oder Importe einen Jahreswert von 200 000 Euro überschritten haben.

Exportiert werden vor allem Kunststoff- und chemische Erzeugnisse

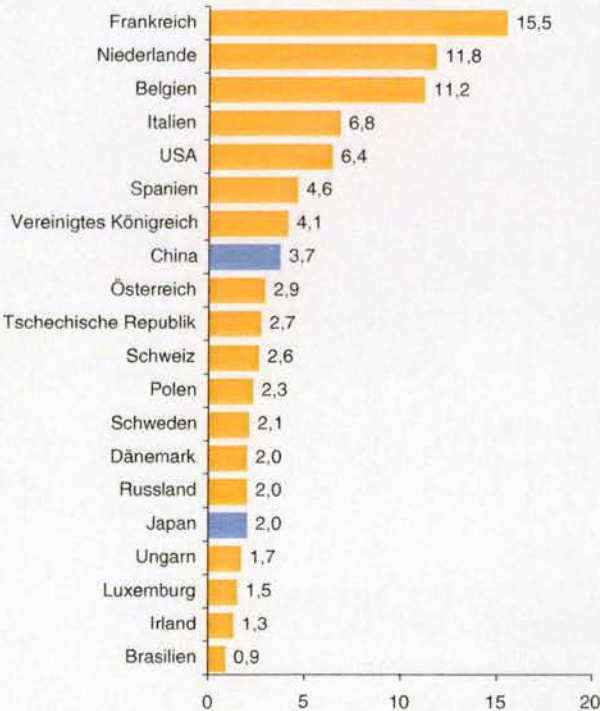
Zu den wichtigsten Exportgütern zählen Erzeugnisse aus Kunststoff sowie chemische Erzeugnisse. Stark nachgefragt sind auch Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen. Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge, Fahr- gestelle und Karosserien sowie Hebezeuge und Fördermittel werden ebenfalls häufig nach China exportiert.

Zu den wichtigsten Einfuhrgütern gehören nachrichtentechnische Geräte, elektrotechnische Erzeugnisse sowie Büro- und Daten- verarbeitungs- maschinen. Auch Eisen-, Blech- und Metallwaren, Schuhe sowie Lederwaren und Lederbekleidung werden in nennenswertem Umfang aus China einge- führt.

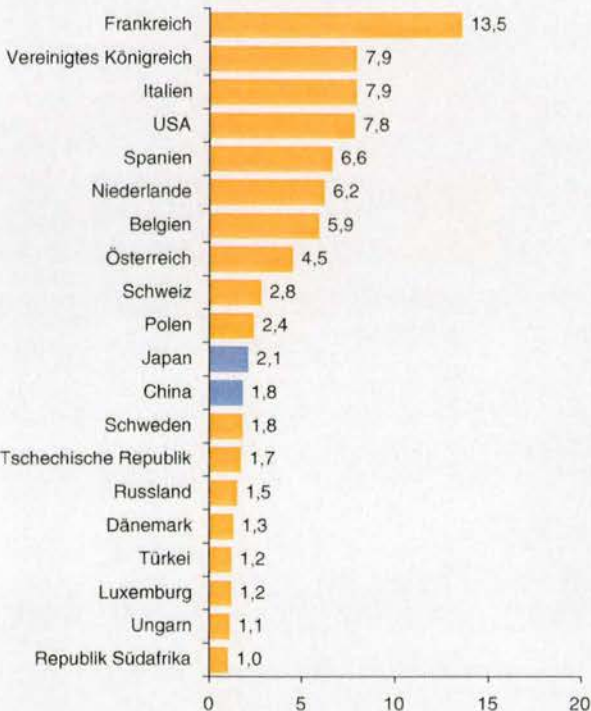
S 2 China und Japan 2003 unter den 20 wichtigsten Außenhandelspartnern von Rheinland-Pfalz

Anteil an allen Einfuhren bzw. Ausfuhren 2003 in %

Einfuhr aus



Ausfuhr nach



Außenhandel mit Japan:
Warenströme entwickeln sich in unterschiedliche Richtungen

Zuwächse bei Exporten – Rückgänge bei Importen

Die rheinland-pfälzischen Wirtschaftsunternehmen haben im Jahr 2003 Waren im Wert von über 600 Mill. Euro nach Japan exportiert. Das waren 40% mehr als im Jahr 1994. Damals lag das Exportvolumen bei 430 Mill. Euro. Mit dieser vergleichsweise moderaten Wachstumsrate rutschte Japan von Platz 10 in der Rangfolge der wichtigsten rheinland-pfälzischen Abnehmerländer auf Platz 11. Gemessen am gesamten rheinland-pfälzischen Exportvolumen entfiel auf Japan im Jahr 2003 ein Anteil von 2,1%. Auf Bundesebene lag dieser Wert bei 1,8%. Mit einem Exportvolumen von 11,8 Mrd. Euro lag Japan im vergangenen Jahr bundesweit auf Platz 16.

Anteil am Exportvolumen in Rheinland-Pfalz mit 2,1% höher als in Deutschland

Nach zweistelligen Zuwachsraten in 2003 moderater Anstieg im ersten Halbjahr 2004

Die Jahre 1994, 1996, 2000 und 2003 waren in Rheinland-Pfalz auf der Exportseite von zweistelligen Zuwachsraten geprägt. 1998 und 2002 gingen die Ausfuhren um 13 bzw. 18% zurück. Im Zeitraum Januar bis Juni 2004 ist die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Produkten um 2% gestiegen.

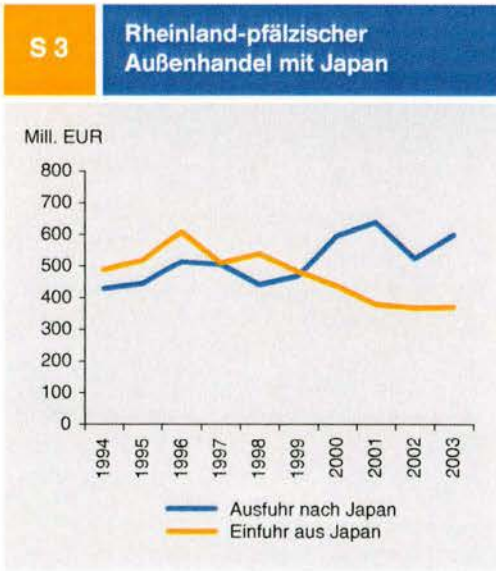
Zu den wichtigsten Ausfuhrgütern gehören chemische Erzeugnisse, pharmazeutische Grundstoffe sowie Kunststoffe. Von Bedeutung sind auch Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge.

Die Einfuhr japanischer Waren nach Rheinland-Pfalz war in den vergangenen Jahren rückläufig. Im Jahr 1994 umfasste das Importvolumen 489 Mill. Euro, im Jahr 2003 waren es 371 Mill. Euro. Das entspricht einem Rückgang von 24%. Damit ist Japan von Platz 10 in der Rangfolge der wichtigsten Einfuhrländer auf Platz 16 zurückgefallen. Auf Bundesebene lag Japan im vergangenen Jahr bei den Importen auf Platz 9. Gemessen am Gesamtaufkommen der deutschen Einfuhren machte das japanische Importvolumen in Höhe von 19,1 Mrd. Euro einen Anteil von 3,6% aus. In Rheinland-Pfalz lag der Anteilswert im Jahr 2003 bei knapp 2%.

Import japanischer Produkte auf Bundesebene bedeutender als in Rheinland-Pfalz

Für Rheinland-Pfalz wurden die höchsten Importwerte im Jahr 1996 ermittelt. 2002 war das Volumen am niedrigsten. Nach einer leichten Zunahme im Jahr 2003 sind die Einfuhren im ersten Halbjahr 2004 erneut um 23% zurückgegangen.

Nach Japan werden vor allem pharmazeutische Grundstoffe und chemische Vorserzeugnisse exportiert, die auch einseitig eine gewisse Rolle spielen.



Wolfgang Ellermeyer, Betriebswirt (VWA), leitet das Sachgebiet Handel, Gastgewerbe, grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann

Unklare
Konjunkturlage
in Deutschland

ifo Geschäftsklima im Oktober stabil

Gegenüber dem Vormonat hat sich das Geschäftsklima in Deutschland im Oktober kaum verändert. Der ifo Geschäftsklimaindex, der als qualitativer Frühindikator der Konjunktur gilt, stieg von 95,2 auf 95,3 Punkte. Positiv ist, dass es trotz eines weiterhin hohen Ölpreises, des steigenden Euro, der anhaltenden Konsumschwäche und einiger Unternehmenskrisen zu keinem rückläufigen Geschäftsklima kam. Die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland scheint allerdings unklar. Der Geschäftsklimaindex – wie auch andere Frühindikatoren – gibt bisher keine eindeutigen Signale.

Zukunfts-
erwartungen der
Unternehmen
leicht verbessert

Für das stabile Geschäftsklima im Oktober sind die verbesserten Zukunftserwartungen der Unternehmen verantwortlich. Die 7 000 Unternehmen, die vom ifo Institut befragt worden sind, schätzten ihre aktuelle Situation – wie bereits im Vormonat – fast unverändert ein. Der Teilindex der Geschäftslage verringerte sich von 94,8 auf 94,7 Punkte. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate haben sich hingegen verbessert, und zwar von 95,7 auf 95,9 Punkte.

Der Großhandel verzeichnete im Oktober eine Klimaverschlechterung. Bei den Großhändlern stagnierte die Lageeinschätzung, während sich die Erwartungen wieder eingetrübt haben. Im Einzelhandel hat sich das Klima – trotz der immer noch schwachen Binnennachfrage – etwas verbessert. Zwar wird die aktuelle Geschäftslage von den Ein-

zelhändlern gegenüber dem Vormonat etwas ungünstiger beurteilt, die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich im Oktober jedoch verbessert.

Getrübt
Stimmung im
verarbeitenden
Gewerbe und im
Großhandel

Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe ist nun schon den vierten Monat in Folge rückläufig. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage stagniert, die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind weiterhin getrübt. Im Bauhauptgewerbe beurteilen die Unternehmen ihre Lage etwas schlechter. Ihre Geschäftserwartungen haben sich jedoch verbessert.



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nehmen zu – Bauaufträge sinken

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im verarbeitenden Gewerbe sind die Auftragseingänge im Juli 2004 gestiegen. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 9,6%. Die Zuwachsrate ist im Vergleich zum Vormonat deutlich größer (Juni 2004: +7,6%).

Auslandsbestellungen legten im Juli weiter deutlich zu

Wie in den Vormonaten ist die günstige Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe hauptsächlich auf die Zunahme der Bestellungen aus dem Ausland zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen im Juli dieses Jahres real um 15,8% über dem Juli des Vorjahres. Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz profitiert also weiterhin von einem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

Geringere Zuwachsraten bei den Inlandsbestellungen

Die Auftragseingänge aus dem Inland legten im Vergleich zum Juli 2003 nur um 3,8% zu. Die Zuwachsrate ist erstmals seit dem Februar dieses Jahres wieder angestiegen; sie lag um 0,6 Prozentpunkte über der Rate vom Juni 2004.

Kräftiger Zuwachs an Aufträgen im Fahrzeugbau

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Juli 2004 real gut

9% mehr Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zuwachsrate im Vergleich zum Vormonat war allerdings rückläufig (-1,9 Prozentpunkte). Den stärksten Beitrag lieferten wie in den Vormonaten die Aufträge aus dem Ausland, die im Vergleich zum Juli 2003 um 15% höher waren. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat dagegen nur um 3,2%.

Auch im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) sind die Auftragseingänge stark gestiegen. In dieser Branche nahm das Volumen der Auftragseingänge gegenüber dem Juli des Vorjahres um fast 14% zu. Die Zuwachsrate erhöhte sich im Vergleich zum Vormonat um mehr als 3 Prozentpunkte. Ursache für diese Entwicklung war der deutliche Anstieg der Auslandsbestellungen, die gegenüber Juli 2003 um fast 29% zunahmen. Die Aufträge aus dem Inland gingen dagegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um mehr als 3% zurück.

Im Maschinenbau kräftiger Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) sind die Auftragseingänge im Juli 2004 gegenüber dem Vorjahresmonat um fast 8% angestiegen. In dieser Branche haben die Inlands- und Auslandsbestellungen fast gleich stark zugenommen. Im Vergleich zum Juli 2003 sind die Inlandsbestellungen um 7,8% und die Auftragseingänge aus dem Ausland um 7,7% gestiegen.

In der chemischen Industrie, die in Rheinland-Pfalz mit einem Umsatzanteil von 32% die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes ist, hält der Aufschwung an. Seit Februar verbucht die chemische Industrie Zuwächse bei den Auftragseingängen, und die

Geschäftslage in der chemischen Industrie verbesserte sich von Monat zu Monat

Steigerungsraten werden von Monat zu Monat größer. Im Juli 2004 stieg der Volumenindex der Auftragseingänge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 10,9%. Damit lag die Wachstumsrate um 2,5 Prozentpunkte über derjenigen des Vormonats. Der Aufschwung gewinnt also an Dynamik. Diese kommt allerdings fast ausschließlich aus dem Auslandsgeschäft. Die Auslandsaufträge stiegen im Vergleich zum Juli 2003 um 17%; damit legte die Wachstumsrate gegenüber dem Vormonat um 3,1 Prozentpunkte zu. Die Auftragseingänge aus dem Inland erhöhten sich im Vergleich zum Juli 2003 lediglich um 1,2% (+1,7 Prozentpunkte).

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Auftragslage nach einer kurzen Erholung in den vergangenen drei Monaten wieder verschlechtert. Der Index des Auftragseingangs ist im Juli 2004 gegenüber Juli 2003 um fast 7% gesunken.

Die Baugenehmigungen sind in Rheinland-Pfalz erneut stark gesunken. Im Juli 2004 gingen sie im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um fast 7% zurück.

Schwache Umsatzentwicklung im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen und sich verändern. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze haben sich im Juli 2004 gegenüber Juli 2003 preisberei-

nigt um 1,5% erhöht. Weiterhin wartet der Einzelhandel auf eine Erholung. Die verhaltene Umsatzentwicklung in den zurückliegenden Monaten zeigt, dass sich die Verbraucher – angesichts vieler Unsicherheiten – mit ihren Käufen zurückhalten.

Die Umsatzentwicklung im Großhandel ist weiterhin sehr schwach. Im Juli 2004 stiegen die realen Großhandelsumsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat lediglich um 0,2%.

Für das Gastgewerbe ist der Abwärtstrend, der seit dem Sommer 2003 besteht, ungebrochen – in den vergangenen Monaten hat er sich sogar verstärkt. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im Juli 2004 gegenüber dem Juli des Vorjahres real um 6,7%. Auch in dieser Branche macht sich die anhaltende Konsumzurückhaltung bemerkbar.

Verbraucherpreise im Oktober gestiegen

Preisindizes – insbesondere der Preisindex der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der Verbraucherpreisindex ist im Oktober 2004 auf einen Wert von 106,3 gestiegen. Er lag damit um 0,2% über dem Wert des Vormonats und um 2% über dem Wert vom Oktober des Vorjahres. Damit hat die Preissteigerungsrate wieder etwas angezogen, im Vormonat hatte sie noch 1,7% betragen.

Verantwortlich für den Preisanstieg sind nach wie vor die Güter und Dienstleistungen der Gesundheitspflege (+21,5% im Vergleich zum Oktober 2003), die alkoholischen Ge-

Schwacher
Umsatzzuwachs
im Handel

Ungebrochener
Abwärtstrend
im Gastgewerbe

Preissteigerungs-
rate erhöht

Auftrags-
eingänge im
Bauhaupt-
gewerbe wieder
rückläufig

tränke und Tabakwaren (+7,6%), die Güter und Dienstleistungen im Bereich Verkehr (+4,5%) sowie im Bereich Bildungswesen (+3%).

Keine Entspannung am Arbeitsmarkt

Die Zahlen der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und der offenen Stellen sind nachlaufende Indikatoren, die weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagen, dafür aber wichtige Gesamtindikatoren für die Wirtschaftspolitik sind.

Arbeitslosenquote leicht gesunken

Die Arbeitslosigkeit bleibt in Rheinland-Pfalz auf einem hohen Stand. Im September 2004 waren 150 289 Personen arbeitslos gemeldet – rund 5 400 Personen weniger als im August. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im September 2004 auf 7,5%. Sie ist gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozentpunkte gesunken. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte überwiegend saisonal bedingt sein.

Verglichen mit dem westdeutschen Durchschnitt ist die Arbeitsmarktlage in Rheinland-Pfalz günstiger. Wie bereits in den Vormonaten lag die rheinland-pfälzische Arbeitslosenquote auch im September 2004 unter der westdeutschen Quote.

Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer ist in Rheinland-Pfalz im September 2004 kräftig gestiegen. Dies hat sai-

sonale Gründe; die Kurzarbeiterzahlen im September waren in den vergangenen Jahren gegenüber den Zahlen im August oft höher.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat ist die Zahl der Kurzarbeiter im September 2004 deutlich geringer. Sie liegt um rund 3 000 niedriger.

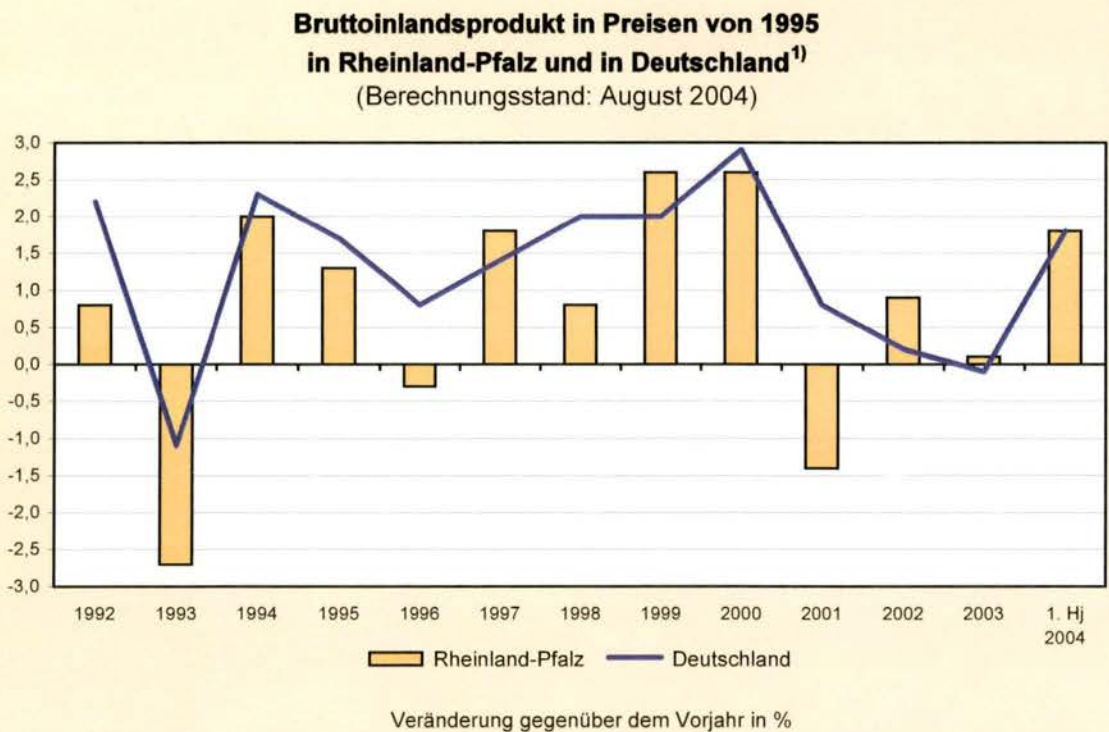
Die Zahl der offenen Stellen ist im September im Vergleich zum Vormonat um rund 10% gesunken. Auch dies dürfte saisonal bedingt sein. Es gibt derzeit allerdings auch im Vergleich zum Vorjahresmonat beträchtlich weniger offene Stellen in Rheinland-Pfalz.

Obgleich auch die Arbeitslosenzahl gesunken ist, hat sich durch den kräftigen Rückgang der offenen Stellen das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen erhöht. Es belief sich im September auf 7,5 Arbeitslose je offener Stelle. Im September 2003 lag diese Verhältniszahl noch bei 5,5 Arbeitslosen je offener Stelle.

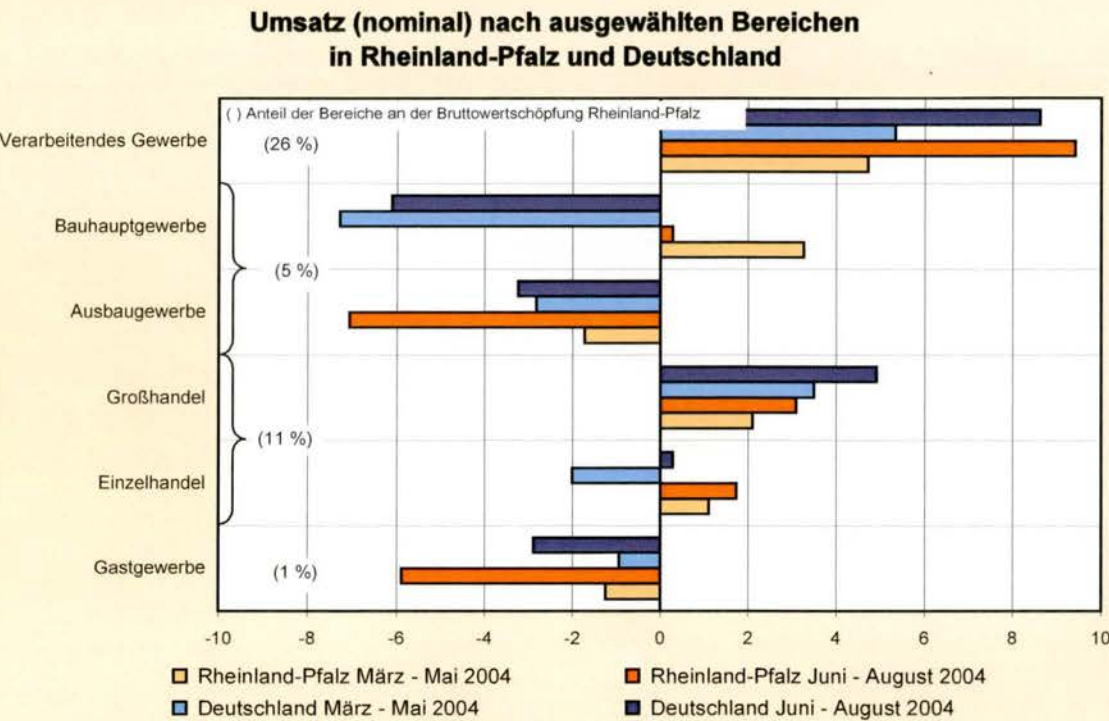
Weniger Kurzarbeiter

Weniger offene Stellen

Dr. Ludwig Böckmann ist Leiter des Referats Analysen, Prognosen, Forschungsdatenzentrum.



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2004 im Februar 2005.

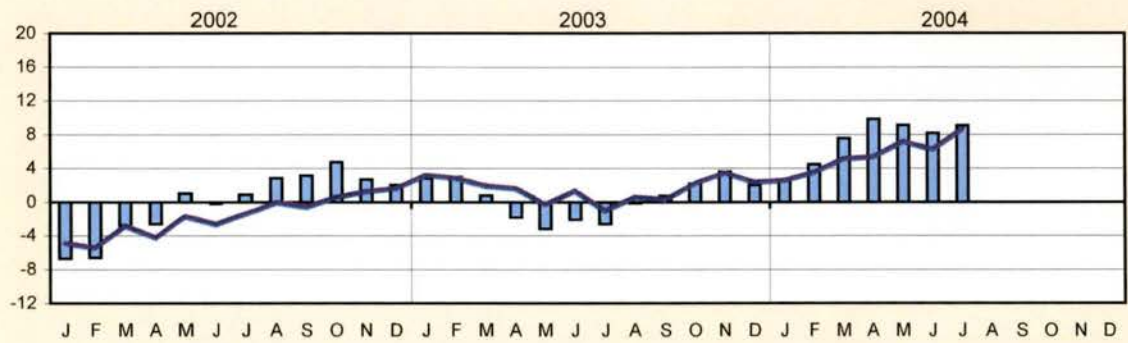


1) Ausbaugewerbe: Quartalsergebnisse.

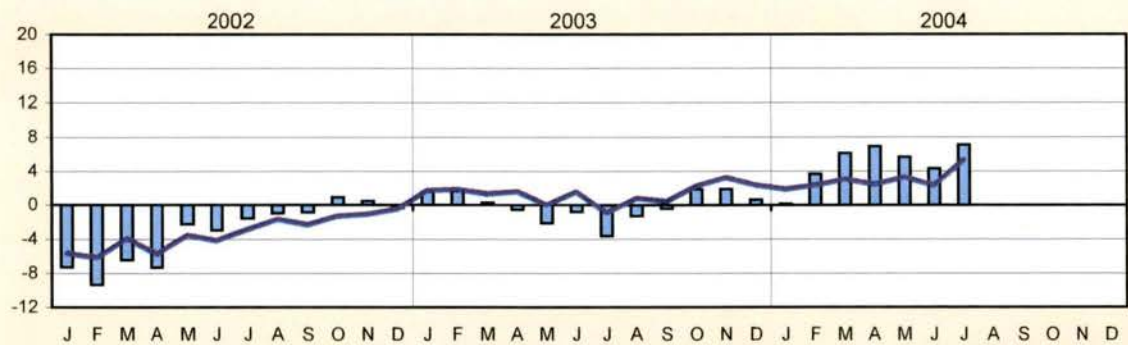
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

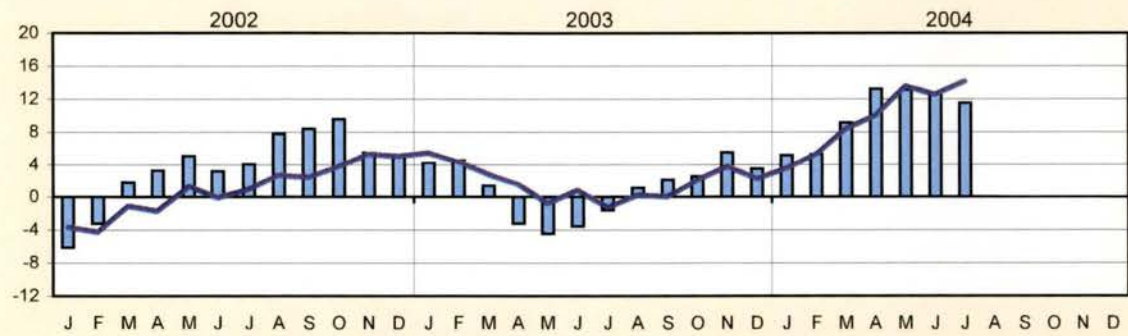
Insgesamt



Inland



Ausland



Auftragseingang Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

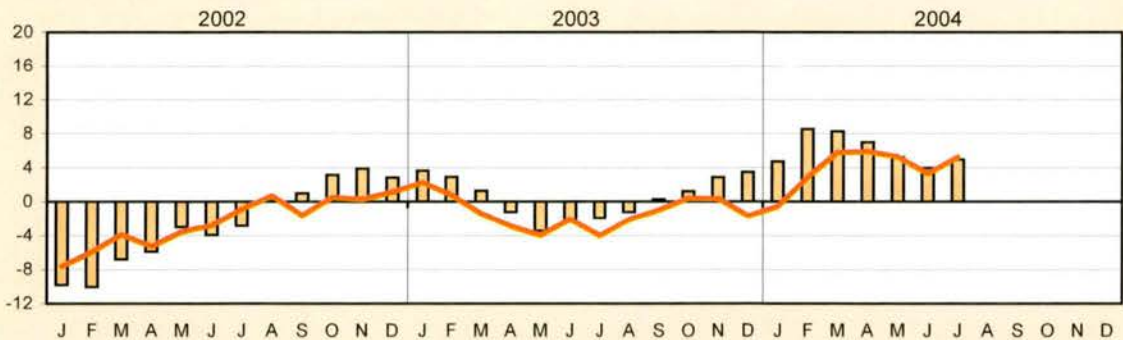
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

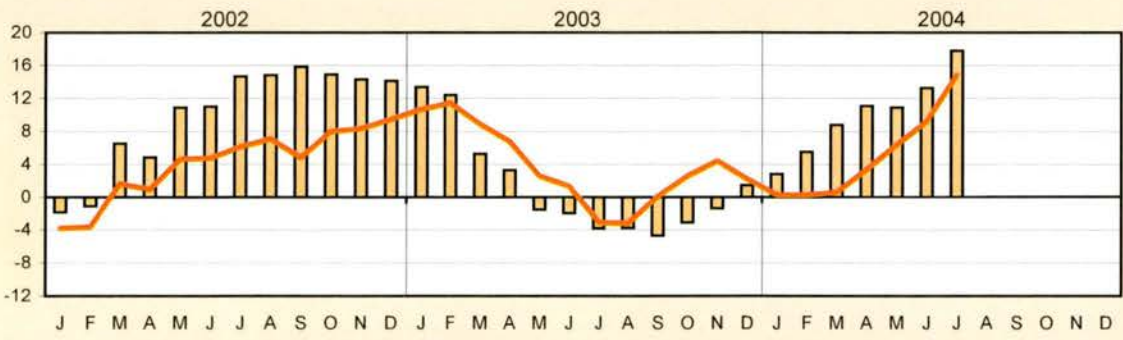
Insgesamt



Inland



Ausland

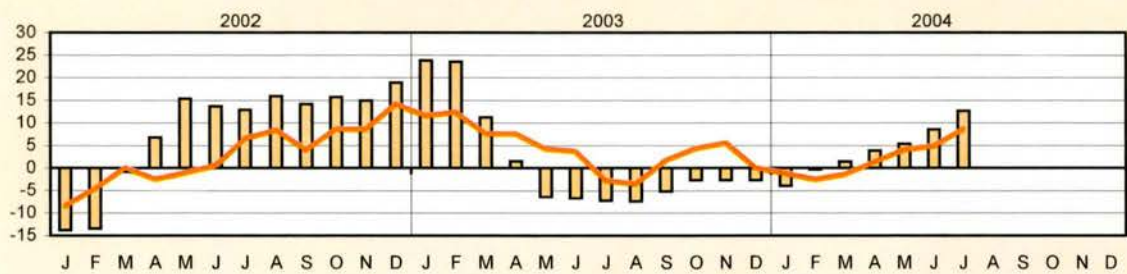


Auftragseingang Gesamtumsatz

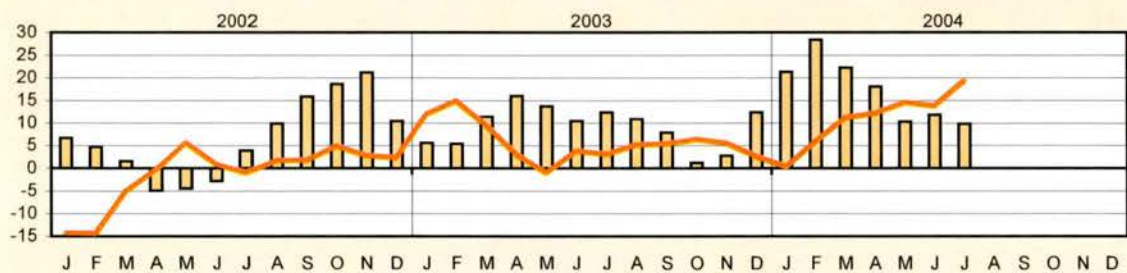
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 32%)



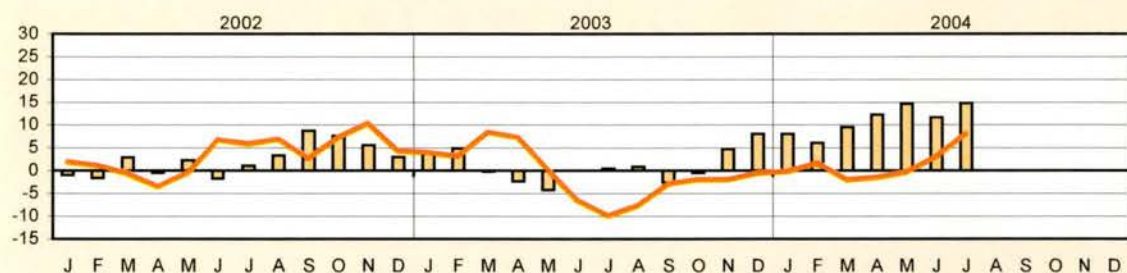
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 14%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 10%)



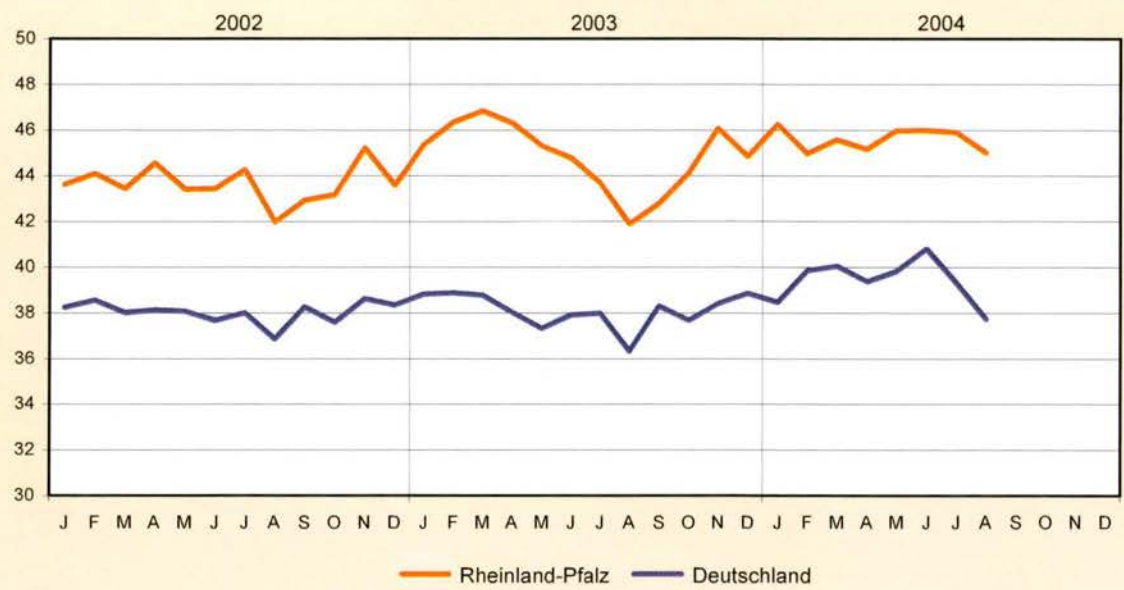
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 9%)



Auftragseingang Gesamtumsatz

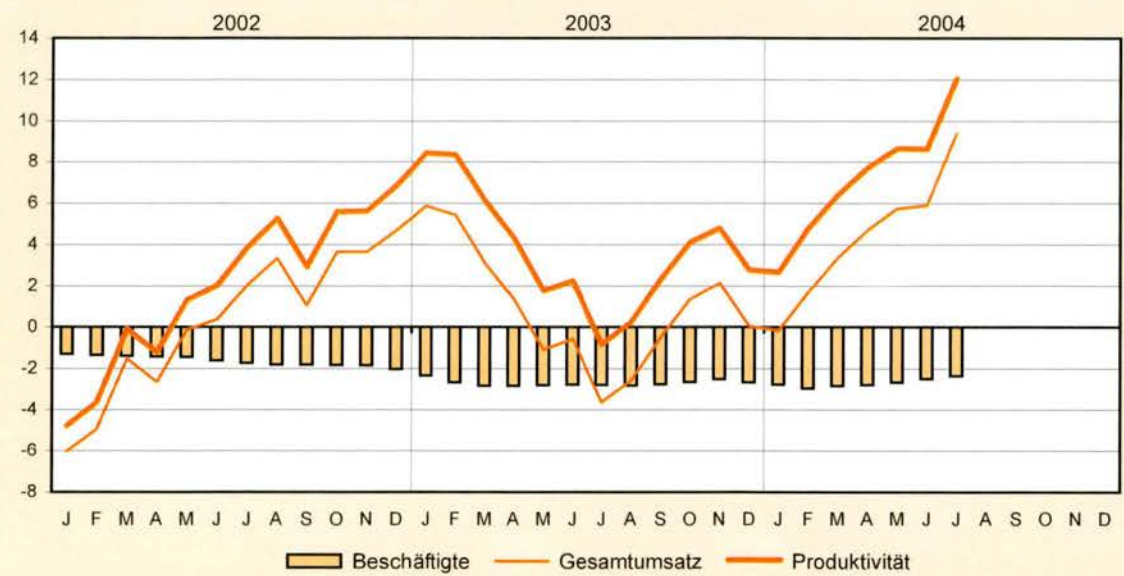
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Exportquote
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

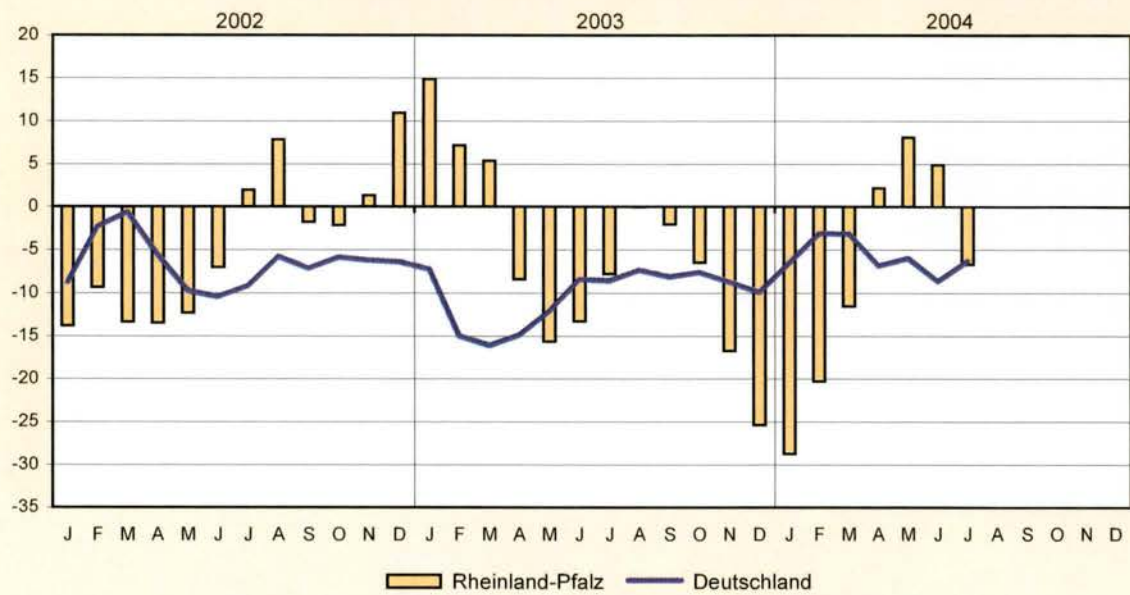
**Beschäftigte, Umsatz und Produktivität
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

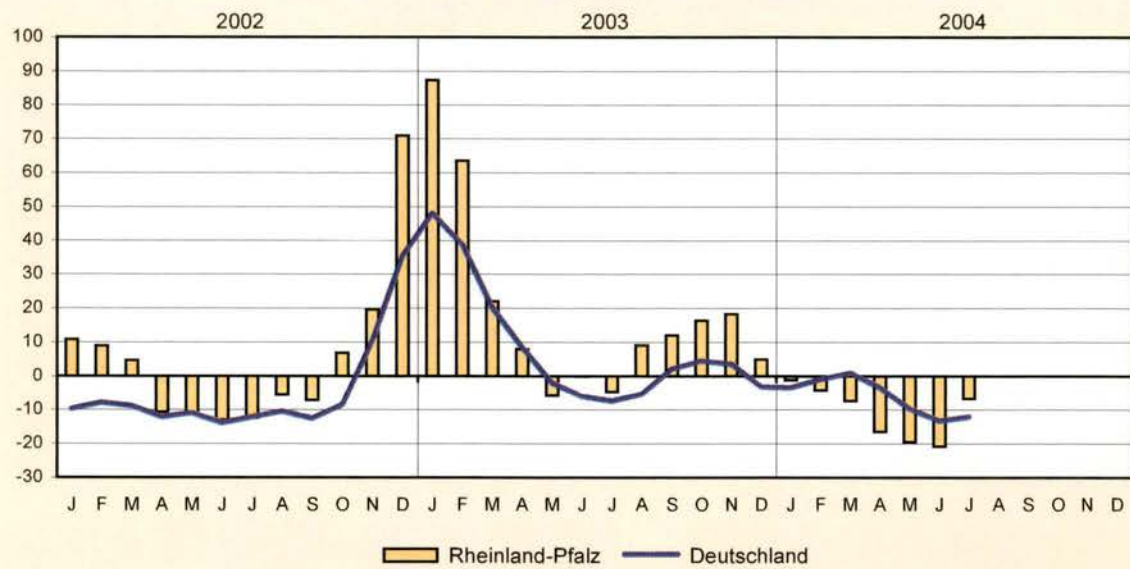
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



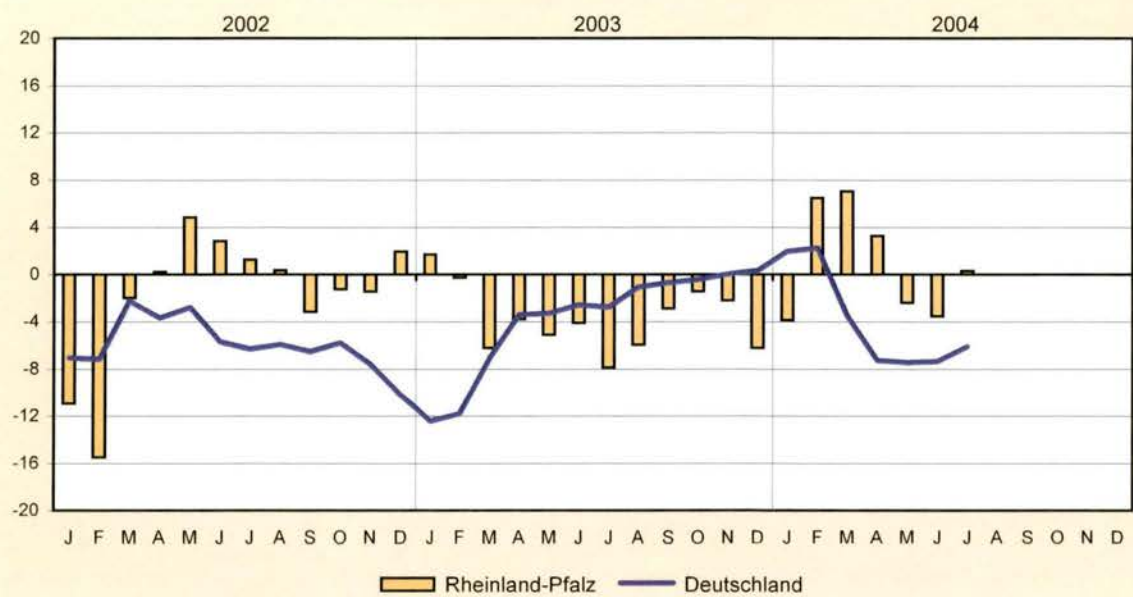
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen
Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

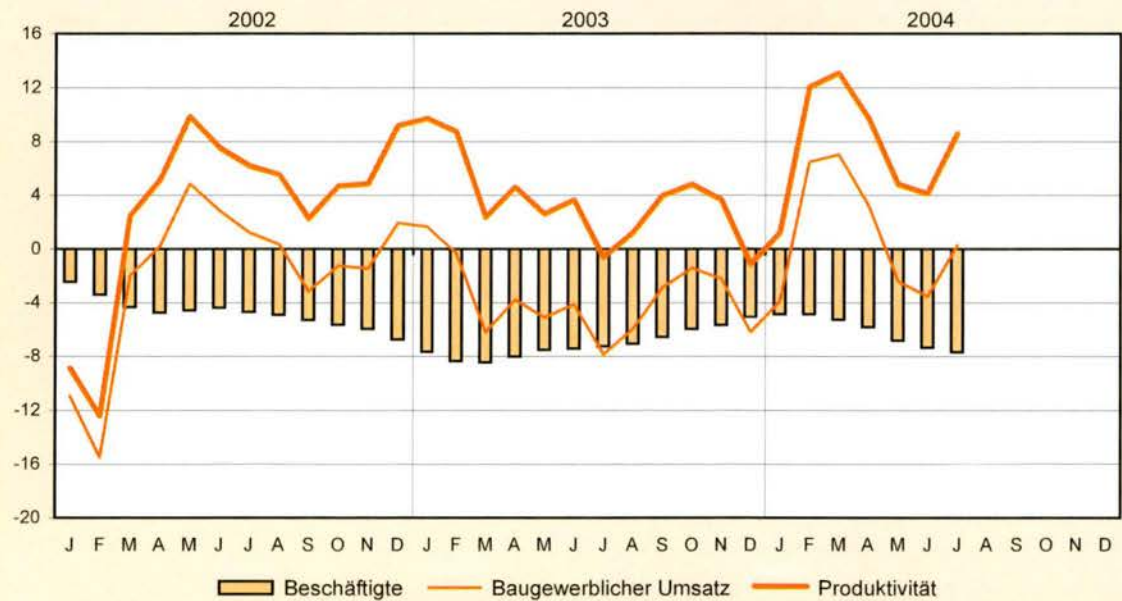
**Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

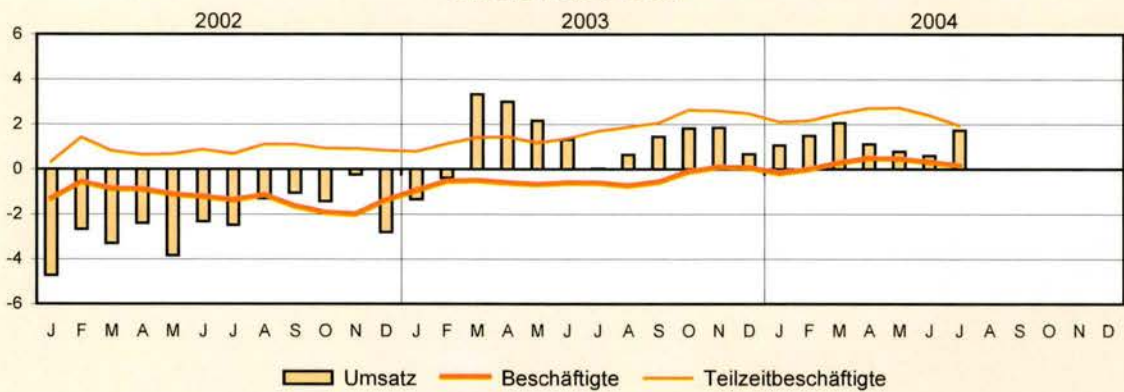
**Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität
im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

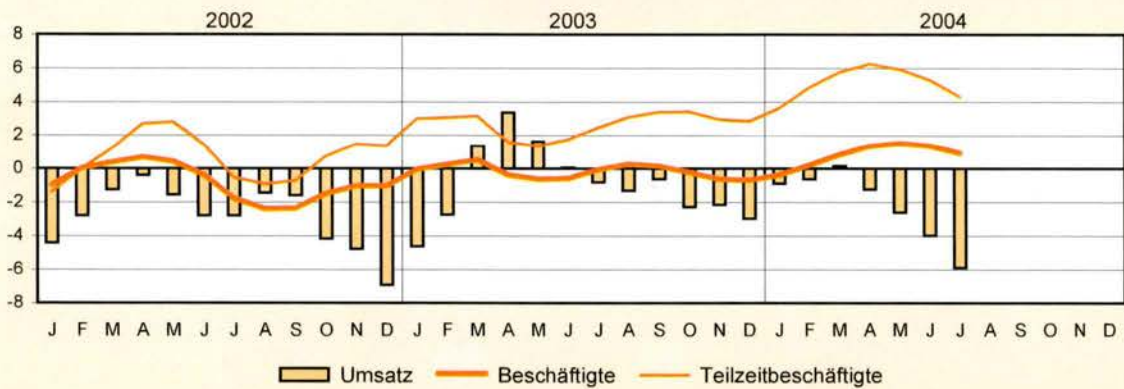
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2000=100)
in Rheinland-Pfalz



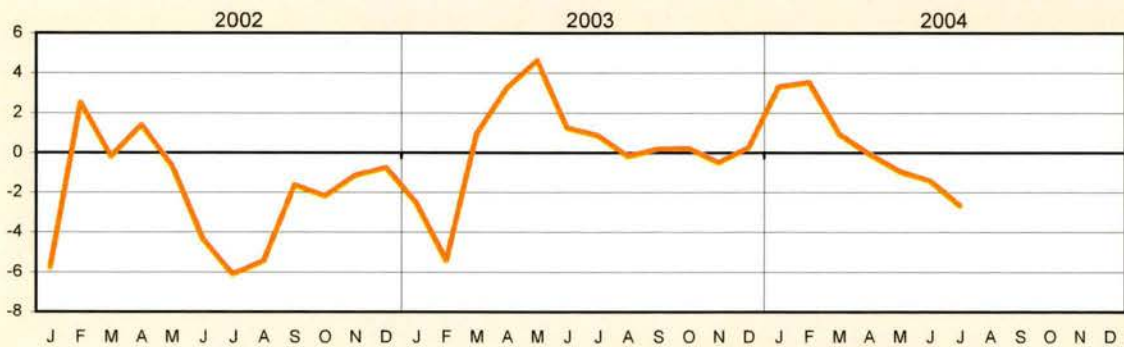
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2000=100)
in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



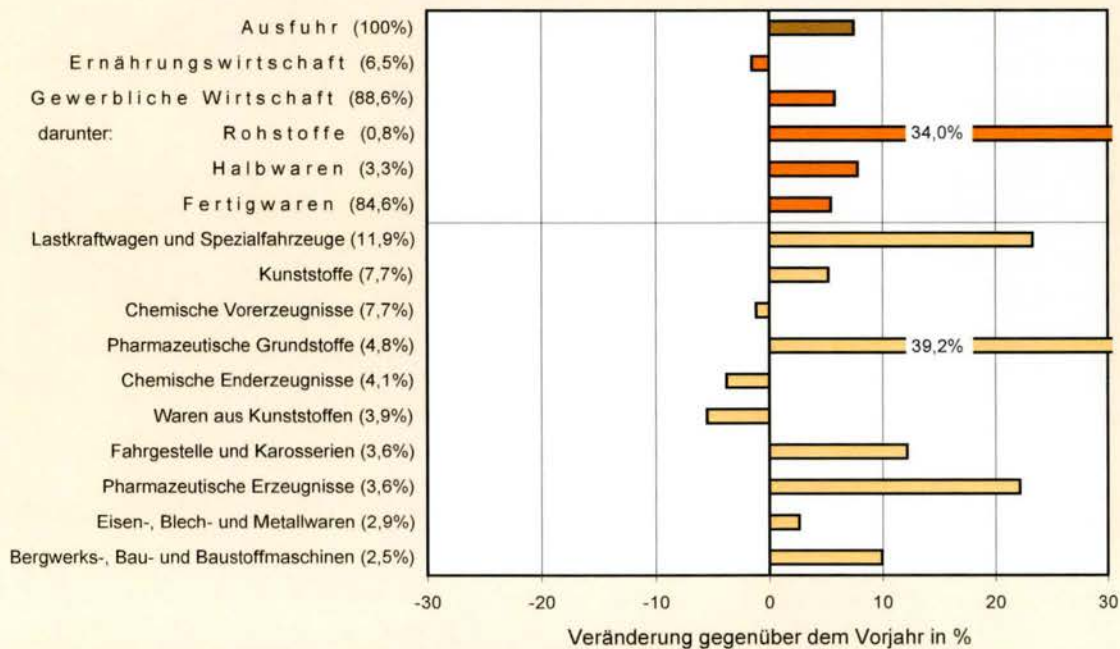
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

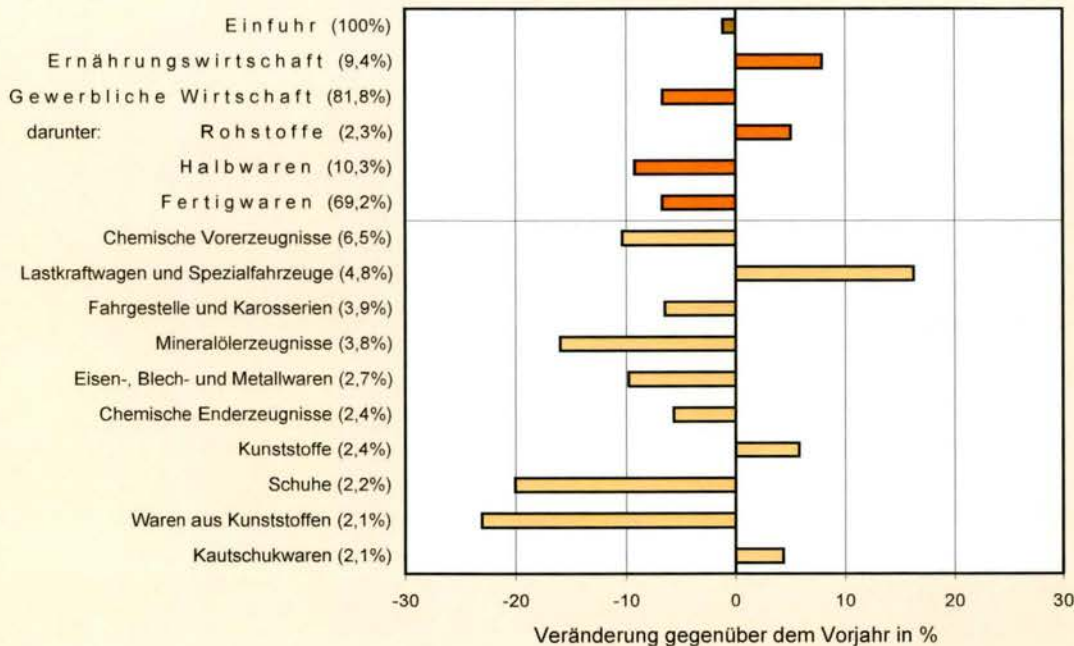


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(August 2003 - Juli 2004)

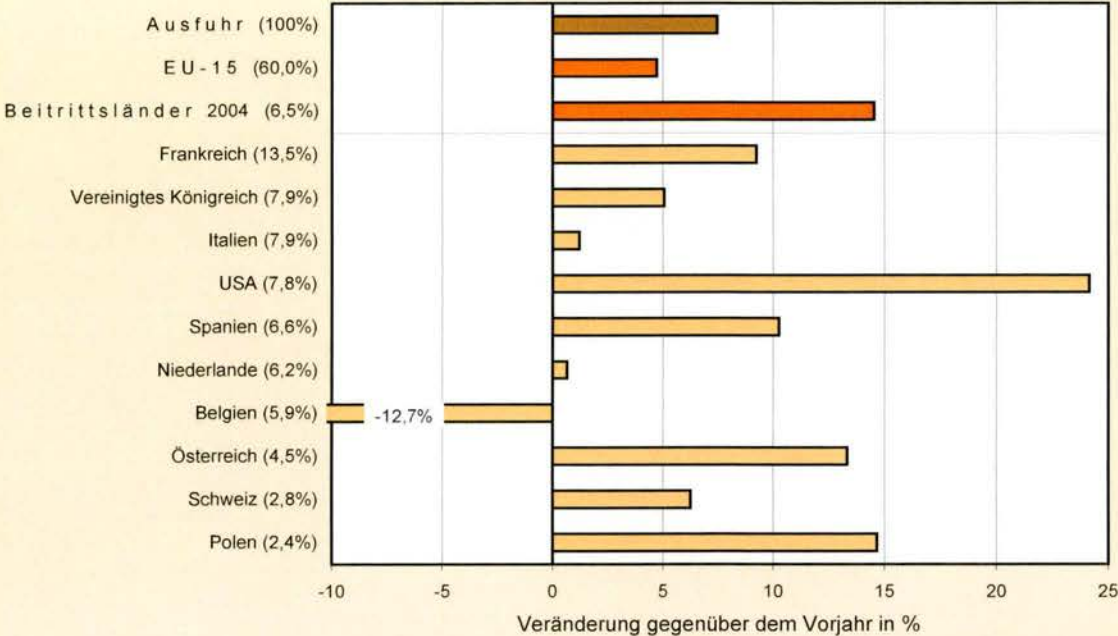


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(August 2003 - Juli 2004)

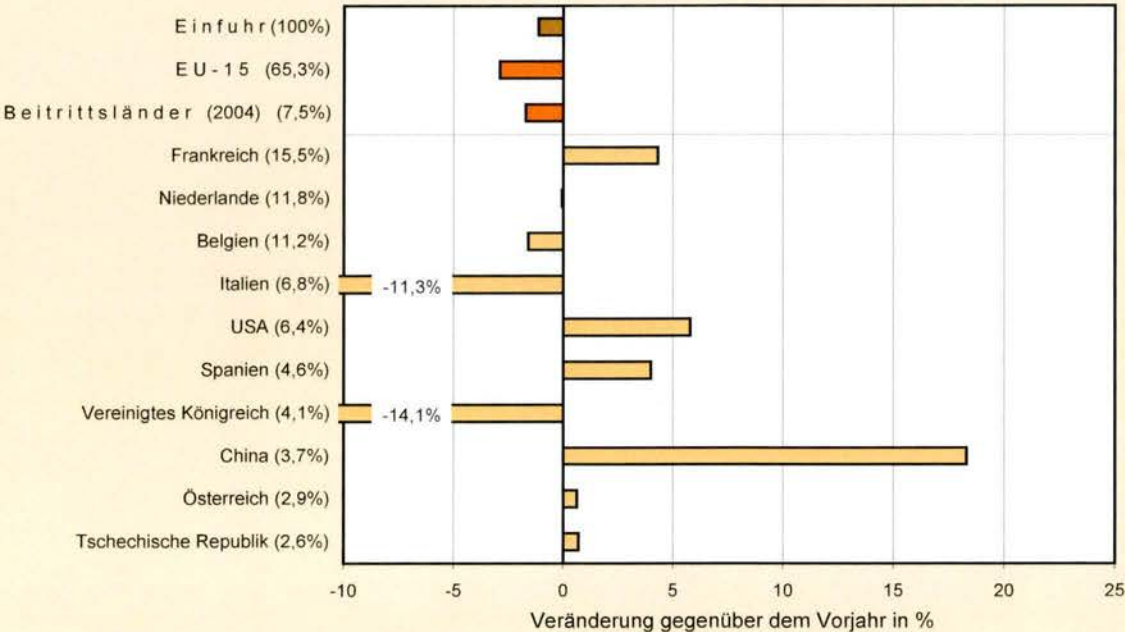


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

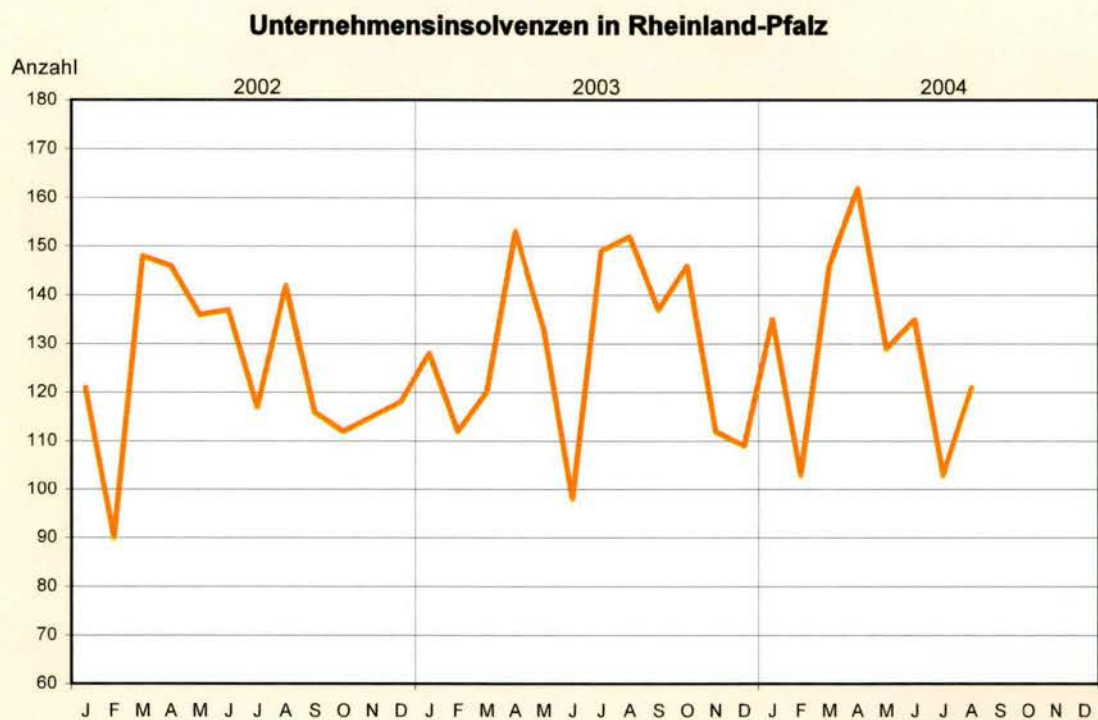
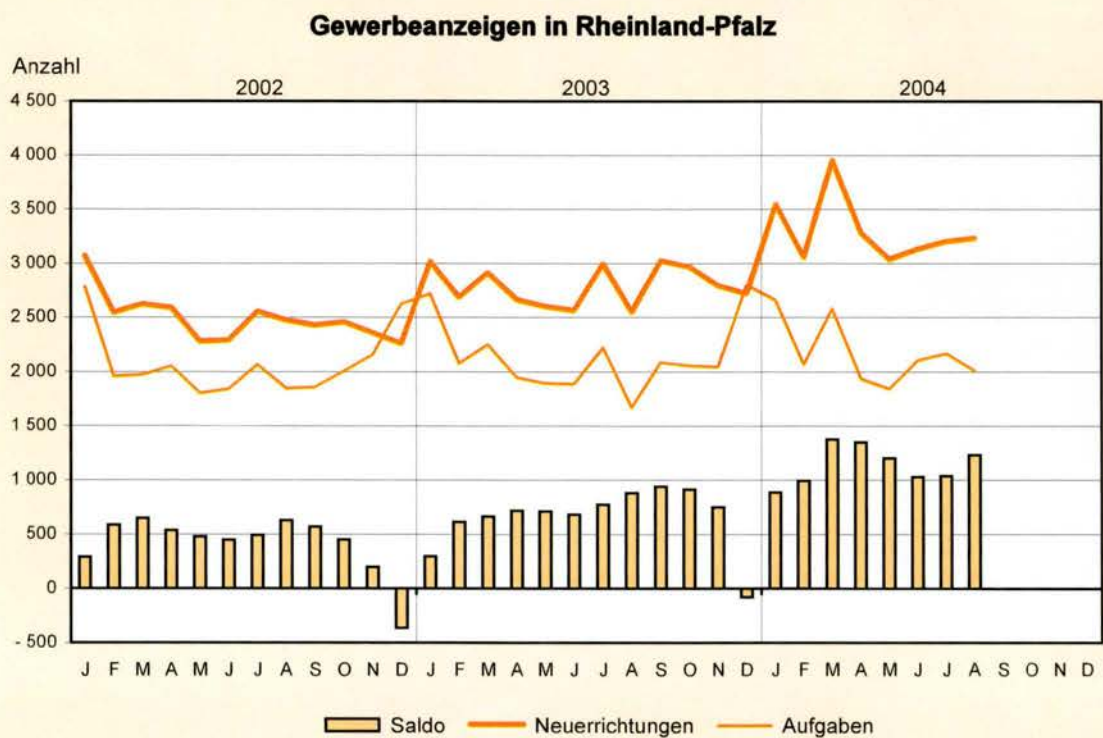
Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(August 2003 - Juli 2004)



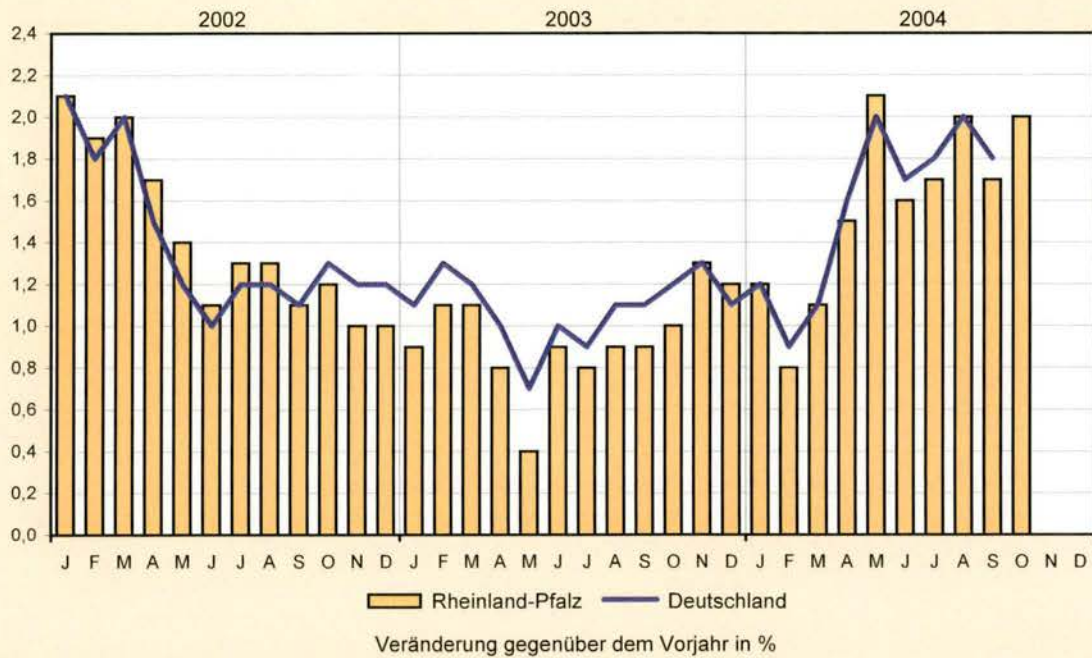
Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(August 2003 - Juli 2004)



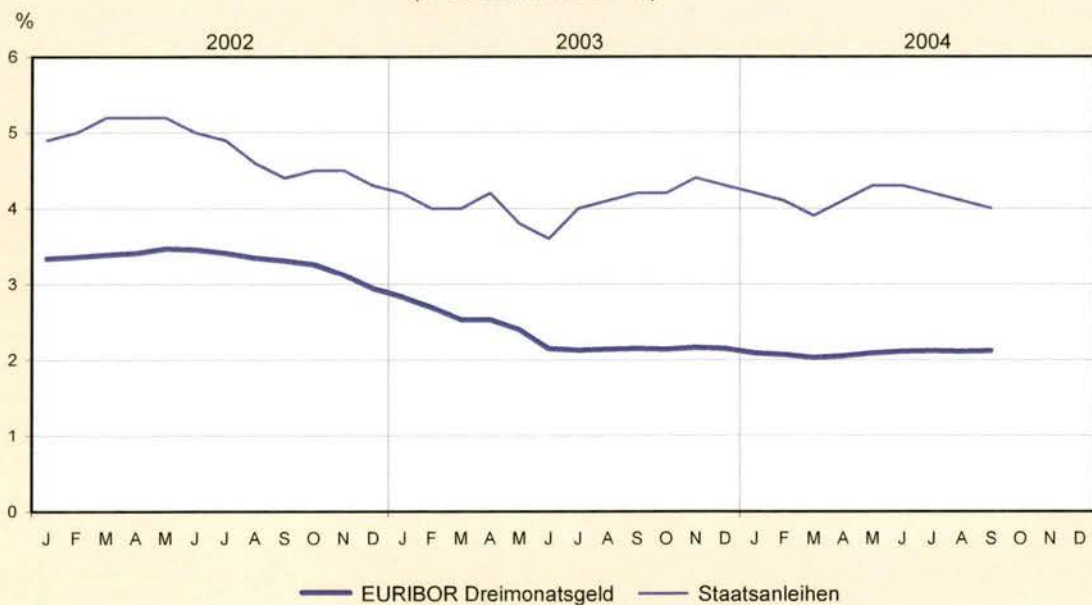
1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

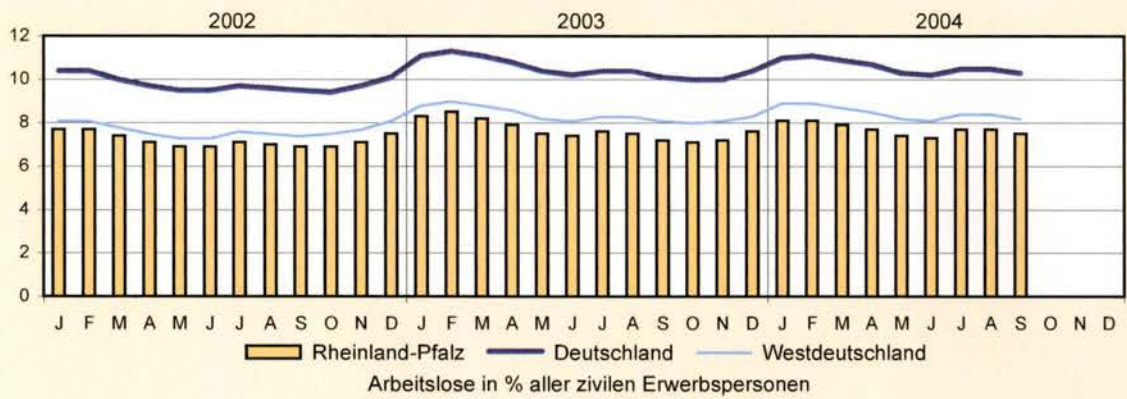


Geldmarktsätze EURIBOR
Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
(Monatsdurchschnitt)

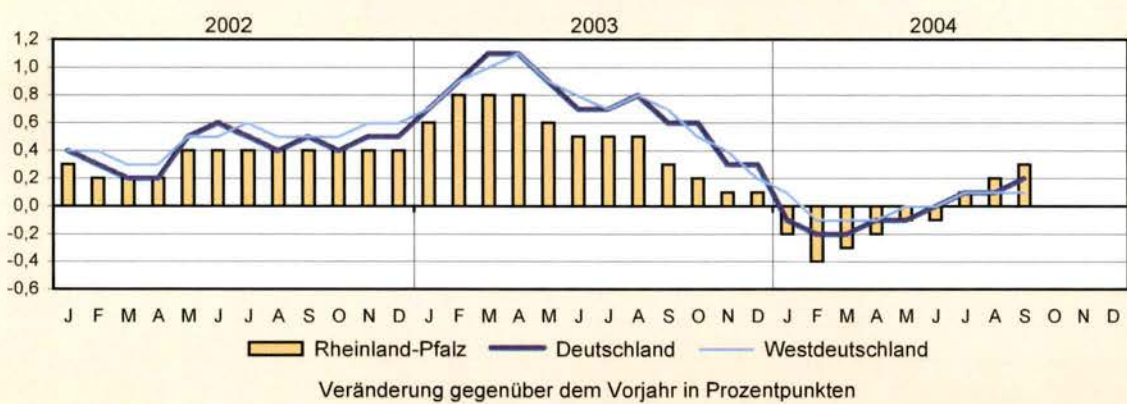


Quelle: Deutsche Bundesbank.

Arbeitslosenquote
in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland



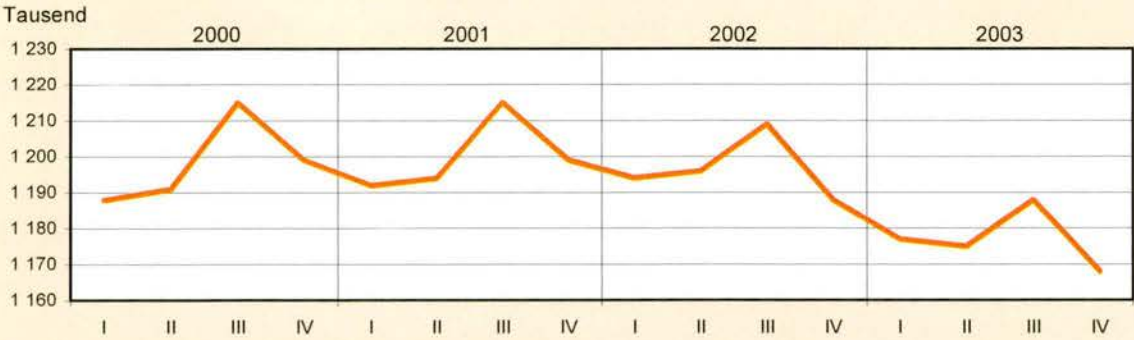
Veränderung der Arbeitslosenquote
in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland



Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz



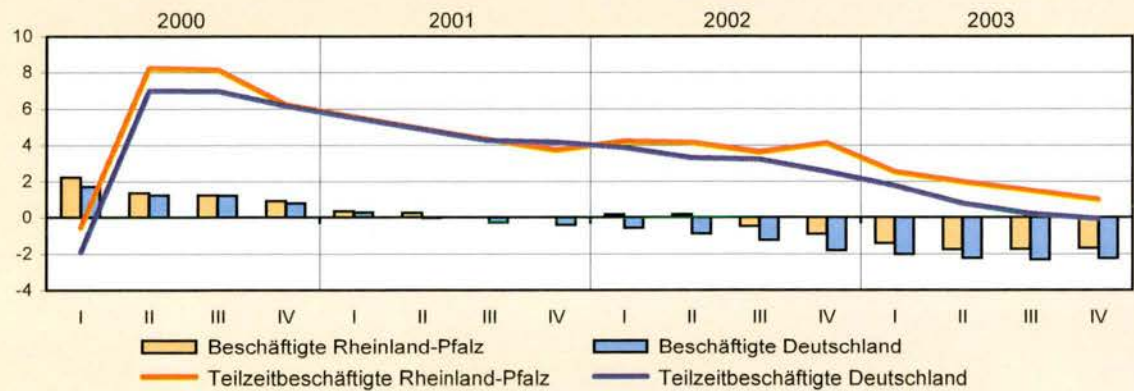
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte
am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

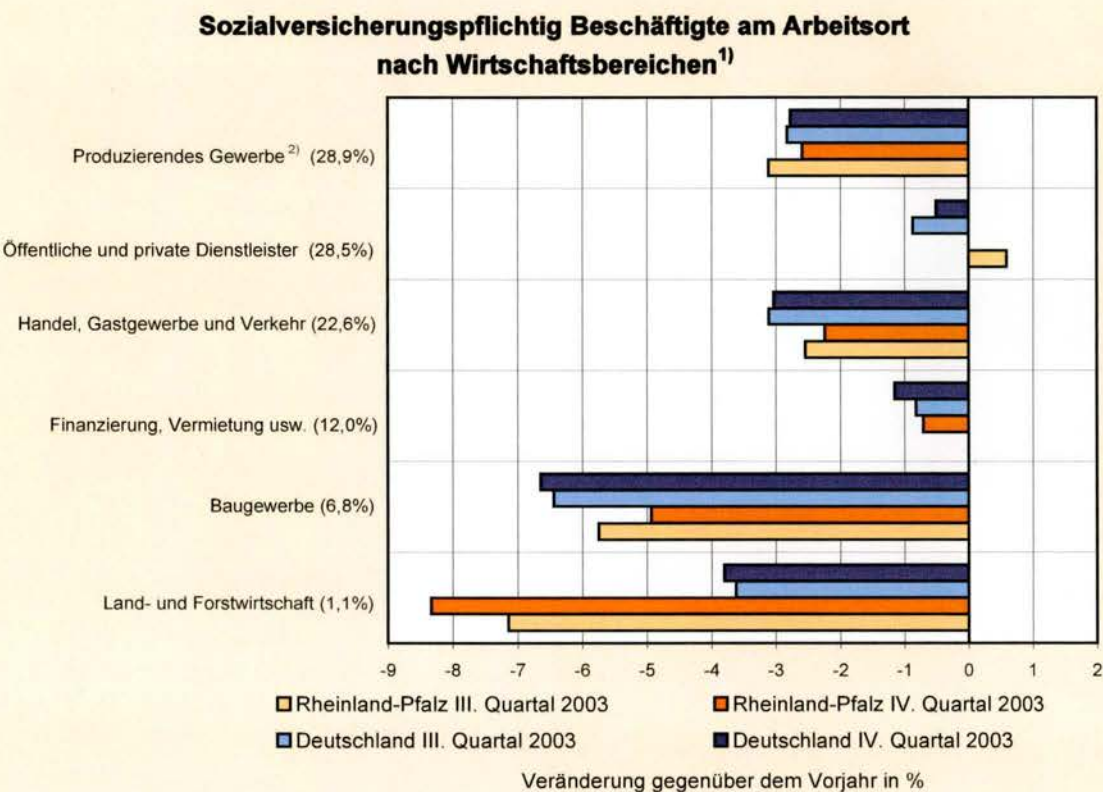


Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am
Arbeitsort (Veränderungsraten)



1) Rechtsänderung zum 1. April 1999.

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2003. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Oktober 2004.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Monatsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbaurbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenleger, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteiltbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie un-

bezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „StimmungsindeX“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ertragsfähigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien

Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

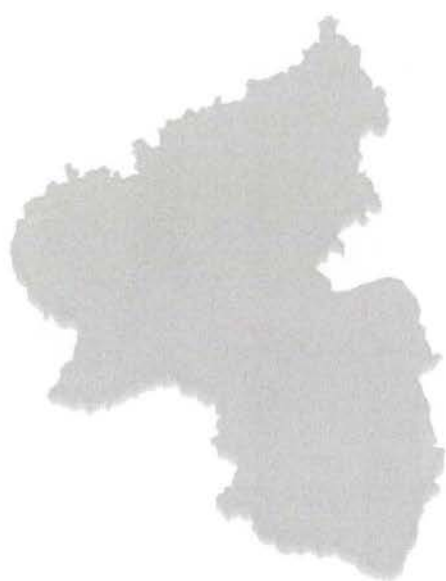
Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 058 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 055	4 056	4 056	4 057	4 057	4 057	4 058
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	315	315	316	313	314	315	316
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 733	1 677	1 251	2 279	2 080	1 034	1 796	2 227	2 216
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 895	2 840	2 778	2 849	2 888	2 749	2 475	2 418	3 006
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,6	8,4	8,3	8,3	8,7	8,0	7,4	7,0	9,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 556	3 661	3 604	3 545	3 359	3 986	3 408	3 019	3 533
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,8	10,8	10,3	10,1	11,6	10,2	8,8	10,6
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	14	16	15	7	16	9	11	18
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	4,9	4,1	5,6	3,5	5,8	3,6	4,5	6,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 661	- 821	- 826	- 696	- 471	- 1 237	- 933	- 601	- 527
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,4	- 2,5	- 2,0	- 1,4	- 3,6	- 2,8	- 1,7	- 1,6
Wanderungen ⁸⁾										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 258	8 406	8 822	7 676	7 620	8 077	7 494	7 075	8 396
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 694	2 346	2 475	2 267	2 260	2 239	2 032	2 248	2 418
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 875	7 505	7 177	6 455	6 679	7 152	6 654	6 167	7 128
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 724	1 849	1 914	1 576	1 780	2 130	1 898	1 849	1 814
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 382	900	1 645	1 221	941	925	840	908	1 268
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 953	12 821	13 872	11 938	11 974	13 104	12 265	11 060	12 978
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2000	2001	2002			2003			
			30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 191	1 194	1 196	1 209	1 188	1 177	1 175	1 188	1 168
* Frauen	1 000	518	525	532	538	535	531	527	531	527
* Ausländer/-innen	1 000	77	78	76	77	72	72	72	73	69
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	184	193	201	201	203	203	205	204	205
* darunter Frauen	1 000	162	169	176	175	177	178	179	178	179
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	14	14	12	12	13	13	11
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	361	358	351	353	347	343	340	342	338
* Baugewerbe	1 000	92	88	85	87	81	78	80	82	77
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	268	268	271	275	268	265	265	268	262
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	134	138	141	144	142	141	141	144	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	322	327	334	336	338	337	335	338	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2004 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Arbeitslose ²⁾	Anzahl	143 665	154 664	153 685	152 215	145 933	148 128	154 915	155 723
* Frauen	Anzahl	63 014	66 055	66 972	67 190	64 281	63 913	67 771	69 139
Männer	Anzahl	80 651	88 609	86 713	85 025	81 652	84 215	87 144	86 584
darunter									
Bauberufe	Anzahl	7 723	8 181	6 885	6 766	6 507	7 254	7 264	7 101
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	41 323	44 796	44 046	42 883	40 987	42 376	43 565	43 505
* Arbeitslosenquote ²⁾³⁾	%	8,0	8,5	8,5	8,4	8,1	8,2	8,6	8,6
* Frauen	%	7,5	7,8	7,9	7,9	7,6	7,5	8,0	8,1
* Männer	%	8,3	9,2	9,0	8,8	8,5	8,8	9,1	9,0
* Ausländer/-innen	%	17,1	17,7	16,8	16,5	16,3	17,2	17,2	17,0
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,9	8,1	9,0	9,0	7,7	7,5	9,4	9,7
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	7 897	9 170	8 775	7 335	8 350	6 983	6 349	4 970
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 083	27 293	30 154	29 961	26 307	22 692	21 240	22 495
darunter									
Bauberufe	Anzahl	579	473	521	577	537	337	268	318
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 172	5 473	6 153	6 555	6 543	5 101	4 566	4 644
BAUTÄTIGKEIT									
(Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
		2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	802	988	646	855	603	561	649	665
davon mit ...									
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	768	949	618	817	575	529	606	621
3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	35	39	28	38	28	32	43	44
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	1	-	1	-	-	6	1
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	96	125	93	133	71	54	62	100
private Haushalte	Anzahl	703	862	553	721	532	507	581	564
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 084	1 322	846	1 265	844	781	885	946
* Umbauter Raum	1 000 m ³	783	952	621	880	604	555	618	637
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	172	111	158	110	101	114	118
Wohnräume	Anzahl	6 159	7 525	5 002	6 855	4 696	4 406	5 016	5 195
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	176	217	143	202	138	131	142	144
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	139	128	135	161	119	129	144	183
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	15	10	14	14	19	19	22
tionen ohne Erwerbszweck									
Unternehmen	Anzahl	116	106	111	139	98	96	110	141
private Haushalte	Anzahl	8	6	14	8	7	14	15	20
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	33	16	18	19	11	15	6	25
* Umbauter Raum	1 000 m ³	778	661	624	740	532	444	731	829
* Nutzfläche	1 000 m ²	119	98	92	110	86	73	107	130
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	82	67	43	77	55	51	55	84
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 239	1 491	988	1 450	969	940	1 134	1 150
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 147	8 660	5 940	7 963	5 515	5 460	6 196	6 252

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 434	10 393	9 169	9 867	9 399	9 915	10 526	10 000
darunter									
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 801	2 693	1 921	2 324	2 212	2 121	2 302	2 178
* Kälber	t	22	18	10	12	13	19	14	13
* Schweine	t	7 511	7 595	7 156	7 460	7 104	7 687	8 126	7 731
* Eierzeugung ²⁾	1 000	10 321	9 621	9 157	9 382	9 096	9 717	9 492	9 082
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 988	64 148	66 336	67 079	62 904	68 857	65 277	65 787
									63 441
PRODUZIERENDES GEWERBE									
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾									
* Betriebe	Anzahl	2 384	2 260	2 265	2 261	2 260	2 186	2 193	2 196
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	296 590	288 559	288 302	287 820	289 119	280 551	280 945	281 370
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	186 727	180 771	180 221	181 089	181 739	175 010	175 378	176 165
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h		36 381	34 893	37 392	33 443	34 706	36 221	36 066
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	892	889	939	848	828	960	915	847
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	464	455	481	441	431	457	475	435
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	429	434	458	407	397	503	439	413
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 183	5 230	5 191	5 299	4 574	5 324	5 776	5 507
davon									
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	2 748	2 779	2 745	2 845	2 372	2 900	3 096	2 954
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 362	1 366	1 391	1 368	1 160	1 425	1 598	1 496
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	116	95	94	104	104	113	102
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	956	968	960	992	937	895	969	955
darunter									
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 590	1 666	1 651	1 629	1 357	1 724	1 784	1 676
Fahrzeugbau	Mill. EUR	710	751	720	741	631	787	905	826
darunter									
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 263	2 348	2 324	2 315	1 916	2 448	2 657	2 528
Exportquote ⁸⁾	%	43,7	44,9	44,8	43,7	41,9	46,0	46,0	45,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,5	99,6	99,5	102,6	89,3	100,2	109,8	110,5
davon									
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	98,5	99,1	99,9	104,0	86,5	99,3	110,4	109,9
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	99,6	100,5	99,4	101,9	94,6	104,7	110,4	114,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,2	89,1	79,0	84,9	74,1	85,4	107,0	92,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	109,4	103,1	106,0	102,8	91,9	94,1	104,1	106,5
darunter									
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	102,6	102,3	106,3	106,9	88,2	102,6	116,3	118,7
Fahrzeugbau	2000=100	97,8	105,2	101,7	107,5	109,1	112,0	111,4	122,5
									114,4
Energie- und Wasser- versorgung									
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	87	87	87	86	86	86
* Beschäftigte ^{3), 4)}	Anzahl	10 936	10 660	10 646	10 516	10 559	10 388	10 416	10 281
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 394	1 363	1 285	1 420	1 223	1 277	1 344	1 328
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	34	34	33	32	31	31	32	31
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾									
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	542	640	490	558	419	658	526	555
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	530	624	479	546	403	644	514	541

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeitsstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	42 573	39 526	40 054	39 695	40 028	37 133	36 778	36 784	37 015
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 142	3 967	4 295	4 845	3 821	3 878	4 245	4 133	3 609
* Wohnungsbau	1 000 h	1 579	1 568	1 734	2 020	1 453	1 573	1 779	1 709	1 437
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 083	995	1 010	1 088	954	931	925	942	861
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 480	1 404	1 551	1 737	1 414	1 374	1 541	1 482	1 311
darunter Straßenbau	1 000 h	676	639	714	807	643	675	783	740	624
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	95	90	91	95	92	82	87	86	86
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	71	67	68	72	70	61	63	64	66
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	23	24	23	22	21	24	22	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	332	346	392	328	320	351	366	352
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	107	106	107	131	97	106	114	120	120
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	101	92	92	100	87	85	90	93	85
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	133	143	161	143	129	147	154	146
darunter Straßenbau	Mill. EUR	62	56	68	68	61	55	64	64	57
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2002	2003	2002	2003			2004		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	386	368	378	369	370	368	365	331	331
* Beschäftigte ^{2) 9)}	Anzahl	13 214	12 338	12 822	12 143	12 333	12 495	12 381	11 569	11 497
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 923	3 677	3 836	3 536	3 643	3 813	3 715	3 446	3 467
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	87	80	92	75	81	80	86	73	75
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	61	57	64	53	57	58	62	52	54
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	26	23	27	22	23	22	24	21	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	281	270	336	198	262	273	348	195	244
HANDEL										
		2002	2003			2004				
Großhandel ^{7) 8)}		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2000=100	91,0	86,5	86,7	87,0	87,6	84,1	84,2	84,4	84,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	95,8	91,5	90,9	93,6	96,4	95,1	95,7	97,3	98,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	93,6	94,6	92,5	98,6	87,0	93,1	97,0	96,5	93,2
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	92,6	92,2	90,3	96,8	84,9	88,4	92,5	91,9	88,1
Einzelhandel ^{9) 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	101,4	100,6	99,7	99,9	99,9	100,1	99,9	100,3	99,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,8	105,0	103,7	104,9	104,4	106,1	106,0	107,2	105,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,3	101,3	97,1	102,0	96,0	100,1	100,6	103,2	96,4
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,8	99,7	95,5	100,6	94,9	98,3	98,8	101,6	95,0
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{10) 11)}										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	101,0	101,1	101,1	101,3	101,4	102,1	103,0	103,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,8	103,0	105,4	103,8	105,1	112,2	112,8	114,2	113,2
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,6	103,9	105,2	112,9	95,0	107,1	110,1	105,7	95,7
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,1	101,5	103,0	110,2	92,6	103,2	106,2	101,9	92,2
GASTGEWERBE ¹²⁾										
* Beschäftigte	2000=100	99,8	99,8	102,2	102,9	104,5	103,0	103,6	103,6	105,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,6	103,5	106,2	107,5	109,2	111,5	111,6	111,5	113,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,0	99,4	105,1	106,0	113,3	104,0	99,4	101,2	104,7
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	94,6	93,2	98,6	99,0	105,6	97,0	92,7	93,5	96,7

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2002	2003				2004				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
		554	561	733	768	738	742	734	781	746	
		1 000	120	123	156	227	198	158	156	227	206
		1 000	1 654	1 657	2 118	2 450	2 508	2 065	2 004	2 364	2 505
		1 000	367	375	447	838	718	445	432	754	754
VERKEHR											
Straßenverkehrsunfälle		2002	2003				2004				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
		Anzahl	10 279	10 305	10 821	10 180	10 563	9 677	10 503	10 286	10 366
		Anzahl	1 548	1 540	1 724	1 856	1 892	1 439	1 713	1 732	1 743
		Anzahl	30	30	40	31	32	20	24	27	31
		Anzahl	18	17	22	14	23	10	13	15	15
		Anzahl	6	6	11	7	4	6	8	7	10
		Anzahl	2	2	-	4	3	1	2	3	3
		Anzahl	4	3	4	2	2	2	-	-	2
		Anzahl	2 043	2 042	2 242	2 464	2 510	1 829	2 214	2 287	2 248
	Anzahl	406	409	479	502	531	396	473	468	476	
		Anzahl	202	203	199	213	226	188	219	207	213
		Anzahl	90	95	138	158	162	112	133	121	136
		Anzahl	49	51	83	79	92	39	73	73	77
		Anzahl	44	40	39	34	29	39	34	45	34
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 836	13 931	15 791	15 145	15 775	16 193	14 452	16 479	14 277	
		Anzahl	889	898	1 483	1 325	1 111	1 825	1 338	1 613	986
		Anzahl	13 776	11 897	13 066	12 702	13 437	12 936	11 940	13 536	12 181
		Anzahl	803	741	786	731	804	776	732	852	675
		Anzahl	197	196	237	223	226	373	255	304	265
		2002	2003	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
		1 000 Mill.	-	-	-	-	-	-	-	71 535	70 036
		-	-	-	-	-	-	-	-	623	654
		Binnenschifffahrt									
	1 000 t	2002	2003				2004				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
		1 239	1 125	1 374	1 253	1 217	1 165	1 146	1 241	1 237	
		785	756	860	728	825	817	811	847	827	
AUSSENHANDEL ⁵⁾											
Ausfuhr (Spezialhandel)											
	Mill. EUR	2 213	2 362	2 576	2 354	2 388	2 572	2 753	2 711	2 680	
		Mill. EUR	152	154	187	156	162	145	196	175	154
		Mill. EUR	2 061	2 094	2 264	2 083	2 109	2 304	2 413	2 396	2 386
		Mill. EUR	18	18	15	20	21	18	103	16	27
		Mill. EUR	78	78	90	75	87	90	91	90	92
		Mill. EUR	1 965	1 997	2 158	1 988	2 001	2 196	2 219	2 291	2 267
		Mill. EUR	609	661	691	624	670	672	680	729	676
		Mill. EUR	1 356	1 337	1 467	1 365	1 331	1 524	1 539	1 562	1 591

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
davon nach									
* Europa	Mill. EUR	1 645	1 759	1 908	1 804	1 830	1 907	2 005	1 972
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 331	1 417	1 558	1 426	1 451	1 710	1 783	1 734
Belgien	Mill. EUR	146	140	170	133	132	126	138	119
Luxemburg	Mill. EUR	29	28	32	28	29	32	26	38
Dänemark	Mill. EUR	32	32	35	32	31	33	27	34
Finnland	Mill. EUR	17	19	33	18	15	20	17	22
Frankreich	Mill. EUR	296	319	333	331	350	367	345	372
Griechenland	Mill. EUR	23	22	24	22	19	28	29	39
Großbritannien	Mill. EUR	177	188	186	182	183	197	203	230
Irland	Mill. EUR	9	11	11	10	9	13	13	12
Italien	Mill. EUR	182	187	195	201	194	200	192	216
Niederlande	Mill. EUR	134	147	210	144	162	129	234	137
Österreich	Mill. EUR	98	107	105	108	113	131	125	118
Schweden	Mill. EUR	37	43	43	38	42	52	50	42
Spanien	Mill. EUR	130	155	167	156	154	163	159	175
Portugal	Mill. EUR	19	19	16	22	17	29	15	17
* Afrika	Mill. EUR	47	50	64	55	50	57	56	69
* Amerika	Mill. EUR	241	260	243	245	233	287	339	306
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	180	201	189	174	163	214	261	219
* Asien	Mill. EUR	260	271	340	228	251	298	329	341
darunter nach Japan	Mill. EUR	44	50	45	36	52	36	44	52
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	18	21	20	21	24	23	24	22
Einfuhr (Generalhandel)									
* Insgesamt	Mill. EUR	1 473	1 561	1 632	1 513	1 534	1 559	1 566	1 756
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	147	147	158	147	130	183	185	180
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 326	1 278	1 332	1 230	1 268	1 246	1 229	1 403
davon									
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	36	50	42	41	44	50	50
* Halbwaren	Mill. EUR	176	161	187	146	191	156	140	201
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 109	1 080	1 095	1 042	1 036	1 047	1 039	1 152
davon									
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	266	279	265	264	264	264	295
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	834	814	816	777	771	783	775	857
davon aus									
* Europa	Mill. EUR	1 164	1 248	1 318	1 242	1 261	1 222	1 253	1 398
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	941	1 020	1 072	1 026	1 021	1 095	1 126	1 266
Belgien	Mill. EUR	147	175	196	185	183	175	181	193
Luxemburg	Mill. EUR	27	24	25	24	25	25	22	29
Dänemark	Mill. EUR	33	32	36	24	40	17	36	34
Finnland	Mill. EUR	7	7	6	5	5	5	6	5
Frankreich	Mill. EUR	217	243	250	243	243	230	283	283
Griechenland	Mill. EUR	3	3	2	2	3	4	5	2
Großbritannien	Mill. EUR	68	65	71	53	70	64	58	68
Irland	Mill. EUR	12	21	13	25	21	9	11	14
Italien	Mill. EUR	104	107	103	105	116	97	94	102
Niederlande	Mill. EUR	168	184	195	195	160	147	170	243
Österreich	Mill. EUR	46	45	36	46	44	68	46	52
Schweden	Mill. EUR	31	32	37	35	30	27	48	41
Spanien	Mill. EUR	59	71	71	76	68	74	69	85
Portugal	Mill. EUR	18	13	34	11	12	8	10	8
* Afrika	Mill. EUR	29	24	25	15	21	36	21	42
* Amerika	Mill. EUR	126	138	126	115	114	147	124	144
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	106	111	87	98	75	113	99	119
* Asien	Mill. EUR	148	147	158	133	135	150	164	162
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	31	30	36	26	27	25	30
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	4	5	8	4	4	4	9
GEWERBEANZEIGEN ³⁾									
		2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 065	3 278	2 997	3 467	2 909	3 485	3 604	3 722
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 630	2 658	2 382	2 779	2 078	2 317	2 570	2 700

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –
2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insgesamt	Anzahl	344	399	344	454	385	444	438	419
davon									
* Unternehmen	Anzahl	125	129	98	149	152	129	135	103
* Verbraucher	Anzahl	106	155	132	176	132	205	173	193
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	74	100	94	115	91	102	115	109
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾									
Nachlässe	Anzahl	39	16	20	14	10	8	15	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	133	121	85	92	99	90	112	116
HANDWERK ²⁾									
		2002	2003	2002	2003			2004	
		Durchschnitt	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	87,3	98,2	85,3	98,1	98,0	100,0	96,6	93,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	93,6	100,0	97,2	86,0	101,3	103,4	109,2	85,4
PREISE									
		2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	103,4	104,3	104,4	104,3	104,2	106,3	106,5	106,1
VERDIENSTE ⁶⁾									
		2002	2003			2004			
		Durchschnitt	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 465	2 531	2 447	2 535	2 559	2 540	2 504	2 599
* Männer	EUR	2 537	2 602	2 514	2 608	2 632	2 611	2 574	2 675
* Frauen	EUR	1 853	1 909	1 880	1 893	1 916	1 925	1 910	1 930
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe									
Gewerbe	EUR	15,00	15,38	15,29	15,34	15,48	15,37	15,48	15,67
* Männer	EUR	15,41	15,79	15,73	15,74	15,89	15,76	15,91	16,09
darunter									
Facharbeiter	EUR	16,51	16,96	16,93	16,94	17,10	16,87	16,99	17,20
angelernte Arbeiter	EUR	14,73	15,12	14,96	15,02	15,19	15,19	15,36	15,60
Hilfsarbeiter	EUR	12,48	12,60	12,50	12,58	12,62	12,64	12,68	12,66
* Frauen	EUR	11,48	11,78	11,64	11,67	11,85	11,84	11,82	11,90
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,66	10,97	10,83	10,86	11,03	11,05	11,02	11,04
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,8	37,9	36,8	38,0	38,0	37,2	38,2	38,2
Arbeiter	h	37,9	37,9	36,8	38,1	38,1	38,1	37,2	38,3
Arbeiterinnen	h	37,2	37,3	37,2	37,3	37,2	37,4	37,2	37,2
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 572	3 686	3 625	3 640	3 689	3 736	3 766	3 785
* Männer	EUR	3 849	3 957	3 895	3 912	3 960	4 009	4 053	4 069
* Frauen	EUR	2 776	2 888	2 837	2 843	2 899	2 930	2 927	2 946
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 284	3 394	3 358	3 359	3 395	3 431	3 442	3 475
Männer	EUR	3 779	3 882	3 858	3 854	3 874	3 915	3 945	3 981
Frauen	EUR	2 712	2 821	2 774	2 780	2 832	2 858	2 848	2 872
* technische Angestellte	EUR	3 798	3 909	3 831	3 856	3 917	3 970	4 020	4 028
Männer	EUR	3 882	3 991	3 912	3 939	3 999	4 052	4 104	4 110
Frauen	EUR	3 014	3 136	3 071	3 076	3 144	3 194	3 225	3 233
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 687	2 780	2 718	2 734	2 760	2 850	2 871	2 857
* Männer	EUR	2 982	3 068	2 996	3 021	3 047	3 142	3 164	3 139
* Frauen	EUR	2 303	2 393	2 350	2 343	2 367	2 461	2 476	2 474
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 700	2 791	2 727	2 741	2 766	2 867	2 893	2 883
Männer	EUR	3 060	3 133	3 061	3 081	3 105	3 215	3 246	3 223
Frauen	EUR	2 308	2 401	2 356	2 350	2 375	2 470	2 486	2 487
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 140	3 246	3 185	3 208	3 247	3 294	3 323	3 324

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtszeitraumes. – 4) 30. September – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13 Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2001	2002		2003			2004		
		Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	109 195	112 680	113 760	115 671	112 720	108 375	112 393	112 230	112 953
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	14 273	13 677	13 528	15 970	13 155	12 693	12 574	12 674	12 524
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 565	10 931	10 873	10 601	10 407	10 490	10 702	10 424	9 987
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	84 358	88 072	89 359	89 100	89 158	85 192	89 117	89 132	90 442
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	102 591	106 124	107 311	109 284	106 612	102 136	106 242	106 093	106 903
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	90 728	93 391	94 544	93 830	93 847	89 272	92 997	93 207	93 794
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 863	12 734	12 767	15 454	12 765	12 864	13 245	12 886	13 109
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 604	6 556	6 449	6 387	6 108	6 239	6 151	6 137	6 050
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	77 100	80 199	82 347	82 328	83 542	83 980	86 842	86 538	87 046
Sichteinlagen	Mill. EUR	17 886	20 241	21 481	21 523	22 590	22 381	24 439	23 574	24 394
Termineinlagen	Mill. EUR	23 500	24 329	24 970	25 136	25 576	26 445	26 769	27 559	27 485
Sparbriefe	Mill. EUR	5 568	5 581	5 654	5 373	5 226	5 132	5 130	5 044	5 061
Spareinlagen	Mill. EUR	30 146	30 049	30 242	30 296	30 150	30 022	30 504	30 361	30 106
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	73 842	77 570	79 736	79 774	80 754	81 484	84 429	83 882	84 093
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	71 627	75 384	77 529	77 756	78 360	79 023	81 863	82 012	82 095
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 215	2 186	2 207	2 018	2 394	2 461	2 566	1 870	1 998
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 258	2 629	2 611	2 554	2 788	2 496	2 413	2 656	2 953
STEUERN		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 053	2 084	1 836	1 970	2 099	2 231	1 784	1 857	2 219
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	712	733	472	702	839	917	440	449	864
Lohnsteuer	Mill. EUR	615	636	520	823	466	483	494	457	426
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	120	121	-	355	-	-	-	341	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	16	5	- 84	- 33	278	248	- 69	- 34	267
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	36	29	26	13	46	30	11	7
Zinsabschlag	Mill. EUR	25	23	11	44	8	6	10	9	7
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	5	-	35	-	-	-	56	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	33	- 4	- 159	74	134	- 25	6	158
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 30	- 10	-	- 88	-	-	-	- 22	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 340	1 351	1 364	1 269	1 260	1 314	1 344	1 408	1 355
Umsatzsteuer	Mill. EUR	369	354	369	310	370	327	352	418	370
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	971	997	995	959	890	987	992	990	985
Zölle	Mill. EUR	92	96	91	100	107	107	117	125	132
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	114	77	112	107	95	83	90
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	70	66	79	48	63	53	64	52	39
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	33	24	21	43	47	23	22	44

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landes-zentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	78	71	72	92	81	75	76
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	1	1	1	1	0	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	9	10	13	7	11	17	8	10	9
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	13	15	14	14	16	16	15	16	15
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	34	33	36	29	30	38	36	35	32
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	12	13	11	17	7	12	17	9	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	3	4	0	0	4
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	4	3	4	4	4
		2002	2003	2002	2003			2004		
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	366	350	364	303	382	376	341	355	447
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	5	4	4	5	6	3	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	95	97	86	89	103	108	88	91	107
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	248	240	267	201	261	254	243	251	323
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	18	10	7	8	12	8	6	8	13
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	574	546	664	414	551	558	663	468	609
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	185	160	155	154	202	169	113	227	262
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	242	247	367	145	200	239	405	127	191
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	45	13	28	28	47	11	31
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	560	577	477	504	587	637	481	616	603
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	78	71	72	92	81	75	76
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	252	263	147	232	310	346	131	294	327
Lohnsteuer	Mill. EUR	211	220	171	299	148	155	159	288	131
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	2	- 36	- 14	118	106	- 29	- 14	113
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	14	9	6	3	16	8	- 0	- 0
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	10	5	19	4	3	4	28	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	4	17	- 2	- 79	37	67	- 12	- 8	79
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	219	220	204	194	206	200	218	244	201
Umsatzsteuer	Mill. EUR	157	155	152	126	146	141	160	191	132
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	65	52	69	59	58	59	52	68
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	8	22	3	0	0	16	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	4	1	0	0	6	0	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	6	7	18	3	0	0	24	2	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	4	1	0	0	5	0	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 103	1 116	1 028	1 011	1 111	1 136	939	1 102	1 113
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	114	77	112	107	95	83	90
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	307	317	202	288	363	403	187	350	379
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	678	683	690	643	636	627	640	667	644
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	8	22	3	0	0	16	1	0

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Oktober

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im Jahr 2001
(Gebietsstand 31. Dezember 2001)
BestellNr.: A1023 200100

Bevölkerungsvorgänge im
1. Vierteljahr 2004 (vorläufige
Ergebnisse)
BestellNr.: A1013 200441

Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am
30. September 2003 (vorläufige
Ergebnisse)
BestellNr.: A6013 200343

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildende Schulen im
Schuljahr 2003/2004
BestellNr.: B2013 200300

Allgemein bildende Schulen im
Schuljahr 2003/2004 – Teil I:
Schulen, Klassen, Schülerinnen und
Schüler, Schulabgängerinnen und
Schulabgänger
BestellNr.: B1013 200300

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz
2003 – Erhebung nach dem
Weiterbildungsgesetz
BestellNr.: B4013 200300

Allgemein bildende Schulen im
Schuljahr 2003/2004 – Teil II:
Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
BestellNr.: B1023 200300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von
Feldfrüchten und Grünland Anfang
September 2004
BestellNr.: C2013 200402

Ernteberichterstattung über Obst im
August 2004
BestellNr.: C2033 200404

Viehbestände landwirtschaftlicher
Betriebe 2003
BestellNr.: C3033 200301

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im August 2004
BestellNr.: E4023 200408

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im
August 2004
BestellNr.: E1033 200408

Bauhauptgewerbe im August 2004 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
BestellNr.: E2023 200408

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im
August 2004
BestellNr.: F2033 200408

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im
Einzelhandel und im Gastgewerbe
im Juli 2004
BestellNr.: G1023 200407

Aus- und Einfuhr im Juli 2004
BestellNr.: G3023 200407

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2003
BestellNr.: H1013 200300

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2004
BestellNr.: H1023 200407

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2003
BestellNr.: B3063 200300

Neuerscheinungen

Sozialhilfe 2003 – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1013 200300

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im September 2004
Bestellnr.: M1013 200409

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im August 2004
Bestellnr.: M1043 200443

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im produzierenden Gewerbe,

Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 2001
Bestellnr.: N1033 200101

Bruttojahresverdienste im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 2003
Bestellnr.: N1043 200300

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juli 2004
Bestellnr.: Z1013 200407

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen
II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung
Bestellnr.: A1026 200401



Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Hier abschneiden für Fensterkuvert!

Bestellschein

Schneller geht's per Fax:
02603 71-194322 oder E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
- Vertrieb der Veröffentlichungen -

56128 Bad Ems

Ich bestelle ____ Exemplar(e)

Rheinland-Pfalz 2050
II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung
zum Preis von 15 Euro zuzüglich Versandkosten

Name, Firma, Institution

Ansprechpartner

Straße

PLZ/Ort

Telefon/Fax/E-Mail

Datum, Unterschrift

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Olaf Schepers und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR

Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und
entgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quel-
angabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, ü-
elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorheri-
Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.